



Deutscher Bundestag  
Kommission zur Wahrnehmung  
der Belange der Kinder  
(Kinderkommission)

**Kommissionsdrucksache**  
**18. Wahlperiode**  
**18/26**

## **Zwischenbericht**

über die Tätigkeit der  
**Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder**  
**(Kinderkommission)**

vom 22. November 2016 bis 24. Oktober 2017

Vorsitz: Beate Walter-Rosenheimer, MdB (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

vorgelegt dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

	<b>Inhalt</b>	<u>Seite</u>
<b>I.</b>	<b>Einleitung</b>	<b>4</b>
<b>II.</b>	<b>Schwerpunkte des Arbeitsprogramms</b>	<b>5</b>
<b>1.</b>	<b>Schwerpunktthema „Das Ende der Kindheit? – Kinderrechte für junge Flüchtlinge“</b>	<b>5</b>
1.1.	Kinderrechte in Flüchtlingsunterkünften	5
1.2.	Kinderrechte im Asylverfahren	7
1.3.	Kinderrechte für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	8
1.4.	Stellungnahme	9
<b>2.</b>	<b>Schwerpunktthema „Jung und extrem – Jugend und Extremismus in Deutschland“</b>	<b>17</b>
2.1.	Jung und extrem: Einführung und Vergleich der Extremismusphänomene	17
2.2.	Rechtsextremismus	18
2.3.	Gewaltbereiter Islamismus	19
2.4.	Stellungnahme	21
<b>3.</b>	<b>Schwerpunktthema „Queer, na und!? – LSBT*I-Jugendliche in Deutschland“</b>	<b>30</b>
3.1.	Queer, na und!?	30
3.2.	Intersexuelle Kinder und Jugendliche	33
3.3.	Trans*Jugendliche	34
3.4.	Stellungnahme	35



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

<b>III.</b>	<b>Behandlung weiterer Themen</b>	<b>36</b>
1.	Projekt „MoneyTalk“ – Öffentliches Gespräch am 8. März 2017	36
2.	Gespräch mit dem Netzwerk für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen am 29. März 2017	37
3.	Flüchtlinge – Gespräch mit Vertreterinnen von encourage e. V. und terre des hommes am 29. März 2017	39
<b>IV.</b>	<b>Veranstaltungen unter Beteiligung der Kinderkommission</b>	<b>43</b>
1.	Rote Hand Aktion am 15. Februar 2017	43
<b>V.</b>	<b>Gesprächstermine der Kinderkommission außerhalb ihrer Sitzungen</b>	<b>44</b>
1.	Besuch der Kinderkommission des Bayerischen Landtages	44
2.	Gespräch mit Vertretern des Bündnisses Kindersoldaten am 22. März 2017	45
3.	Besuch von KARUNA e. V. am 26. April 2017	45
<b>VI.</b>	<b>Öffentlichkeitsarbeit</b>	<b>46</b>
<b>VII.</b>	<b>Anlagen</b>	<b>47</b>



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

### I. Einleitung

In der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder des Deutschen Bundestages (Kinderkommission) wechselt der Vorsitz zwischen den vier Kommissionsmitgliedern turnusmäßig in der Reihenfolge der Fraktionsgröße. Nach den Vorsitzzeiten von MdB Eckhard Pols (CDU/CSU), MdB Susann Rührich (SPD) und MdB Norbert Müller (Die Linke) übernahm MdB Beate Walter-Rosenheimer von Bündnis 90/Die Grünen am 22. November 2016 den Vorsitz.



© Deutscher Bundestag /  
Achim Melde

Das Arbeitsprogramm der Abg. Beate Walter-Rosenheimer umfasste folgende Bereiche:

- Kinderrechte für junge Flüchtlinge
- Jung und extrem – Jugend und Extremismus in Deutschland
- LSBT\*I-Jugendliche in Deutschland

Weitere Beratungsthemen während der Vorsitzzeit der Abg. Beate Walter-Rosenheimer ergaben sich aus aktuellen politischen Diskussionen.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

### II. Schwerpunkte des Arbeitsprogramms

#### 1. Schwerpunktthema „Das Ende der Kindheit? – Kinderrechte für junge Flüchtlinge“

##### Beate Walter-Rosenheimer rückt Jugendliche in den Fokus



Stabwechsel bei der Kiko: neue Vorsitzende Beate Walter-Rosenheimer mit Vorgänger Norbert Müller und Kiko-Maskottchen. © DBT/Melde

#### 1.1. Kinderrechte in Flüchtlingsunterkünften

Am **30. November 2016** fand im Anschluss an die Vorsitzübergabe das erste Fachgespräch zum Schwerpunktthema „Kinderrechte für junge Flüchtlinge“ statt. Zu der Problematik der Kinderrechte in Flüchtlingsunterkünften berichteten die folgenden Sachverständigen: **Romeo Franz**, Geschäftsführer der Hildegard-Lagrenne-Stiftung, **Claudia Kittel**, Leiterin der Monitoring-Stelle für die UN-Kinderrechtskonvention und **Dominik Bär**, Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Monitoring-Stelle der UN-Kinderrechtskonvention.

Auf der Homepage des Deutschen Bundestages erschien hierzu der folgende Artikel:



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

**Kinderrechte in Flüchtlingsunterkünften** war das Thema in einem öffentlichen Expertengespräch der **Kinderkommission (Kiko) am Mittwoch, 30. November 2016**, unter der Leitung von **Beate Walter-Rosenheimer (Bündnis 90/Die Grünen)**. Die Abgeordnete übernahm zudem den Vorsitz der Kommission von **Norbert Müller (Die Linke)**.

„Jugendliche sind selten im Fokus“, sagte Beate Walter-Rosenheimer zu den Schwerpunkten ihres Vorsitzes in der Kinderkommission. Für die Arbeit ihres Kollegen und Vorgängers Norbert Müller fand sie lobende Wort: „Es war ein gutes Jahr mit vielen Themen, die auch öffentlich Widerhall gefunden haben.“ Ins Zentrum ihrer Zeit als Vorsitzende wolle sie besonders die Themen junge Geflüchtete, Jugend und Extremismus sowie queere Jugendliche stellen, so Walter-Rosenheimer.

### Situation in Gemeinschaftsunterkünften

„Es ist schwierig, allgemeingültige Aussagen zu treffen, ob die Rechte der Kinder in Unterkünften verletzt werden oder nicht“, sagte **Dominik Bär**, Mitarbeiter in der **Monitoring-Stelle für die UN-Kinderrechtskonvention**. Das Institut hatte Kinder in Gemeinschaftsunterkünften nach ihrer Situation befragt. Die Standards in den Unterkünften hängen dabei sowohl von der Trägerschaft, von den Bundesländern und teilweise auch den Kommunen ab.

Untersucht wurden zwei neue, relative kleine Einrichtungen in Hessen und Brandenburg. „Wir wollten eigentlich von den Trägerstruktur unterschiedliche Unterkünfte untersuchen“, sagte Bär. Jedoch habe bei den größeren, älteren Unterkünften kein Interesse geherrscht. „In den meisten Fällen ist das Ganze für uns eine Blackbox.“

### Bundeseinheitliche Standards umsetzen

„In den von uns untersuchten Einrichtungen gab es keine Sprachkurse für Kinder und Jugendliche“, sagte Bär. Deren Umsetzung sei dort vor allem aufgrund der Schulpflicht oft schwierig gewesen. Auch die eingeschränkte Nutzung von Spielplätzen und wenige Freizeitmöglichkeiten würden die Kinder belasten.

Der Experte plädierte dafür, bundeseinheitliche Standards umzusetzen. Ein Anfang könnten die Mindeststandards zum Schutz von Kinder und Frauen sein, die vom UN-Kinderhilfswerk Unicef und anderen Organisationen erarbeitet worden seien. Über den Schutz von Kindern und Frauen hinaus müssten aber weitere Vorgaben zum Gewaltschutz, zu Verpflegungs- und Bildungsmöglichkeiten in Gemeinschaftsunterkünften, geschaffen werden.

### „Kinderrechte sollten für alle Kinder gelten“

An einem konkreten Beispiel beschrieb **Romeo Franz, Geschäftsführer der Hildegard-Lagrenne-Stiftung**, die Situation von Kindern und Jugendlichen in Gemeinschaftsunterkünften. Im Frühjahr 2016 führte die Stiftung eine Studie in einer Aufnahmeeinrichtung in Bamberg durch, in der sich Mitte Juni 300 Personen, davon 230 Kinder, befanden. Auf dem früheren US-Militärgelände hätten Familien, Frauen und Alleinstehende auf engstem Raum zusammengelebt, so Franz. Zudem habe es keine Möglichkeit gegeben, Zimmer abzuschließen, um für Frauen und Kinder Privatsphäre zu garantieren. „Diese Einrichtung diene nicht der kindgerechten Behandlung, sondern eher der Abschreckung.“ Man habe die Menschen so schlecht behandelt, dass sie nicht wiederkommen wollten.

Neben fehlenden Kochmöglichkeiten und dem Verbot, Nahrungsmittel mit auf das Zimmer zu nehmen, seien auch die ärztliche Behandlung, Hygienemaßnahmen und der Schulunterricht nur in Minimalmaßen vorhanden gewesen. „Diese Situation ist schwer nachzuvollziehen“, sagt Franz, „denn Kinderrechte sollten für alle Kinder gelten.“ (lau/01.12.2016)

Das Wortprotokoll kann unter <http://www.bundestag.de/blob/494324/ed081106c510f6d28575d9ccf9e90a2d/wortprotokoll-data.pdf> abgerufen werden.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

### 1.2. Kinderrechte im Asylverfahren

Die Kinderrechte im Asylverfahren erörterten die Kommissionsmitglieder am **14. Dezember 2016** mit **Claudia Oelrich** von fluchtpunkt – Kirchliche Hilfestelle für Flüchtlinge und **Uta Rieger** von der Zweigstelle des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), Nürnberg.

Auf der Homepage des Deutschen Bundestages erschien hierzu der folgende Artikel:

Asylanträge von Kinder priorisieren, mehr Qualitätskontrollen bei den Entscheidern und ein stärkeres Bewusstsein für die Fluchtursachen – diese und weitere Aspekte forderten Experten im öffentlichen Gespräch der **Kinderkommission (Kiko)** am **Mittwoch, 14. Dezember 2016**, ein. Die Sitzung unter der Leitung von **Norbert Müller (Die Linke)**, in Vertretung für **Beate Walter-Rosenheimer (Bündnis 90/ Die Grünen)**, beschäftigte sich unter dem Schwerpunkt „Junge Geflüchtete“ mit dem Thema **Kinderrechte im Asylverfahren**.

#### Spezifische Fluchtursachen bei Kindern

„Kinderrechte müssen besonders geschützt werden, weil es spezifische Fluchtgründe und auch Bedürfnisse hinsichtlich des Asylverfahrens gibt“, sagte **Uta Rieger, Mitarbeiterin in der Zweigstelle Nürnberg des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR)**. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen beobachtete die Wahrung und nationale Umsetzung der Rechte von Flüchtlingen vor dem Hintergrund der Genfer Flüchtlingskonvention.

Kinderspezifische Fluchtgründe können dabei nach der UN-Kinderrechtskonvention unter anderem das Recht auf Gewährleistung der persönlichen Entwicklung, Schutz vor Vernachlässigung, Rekrutierung, Zwangsverheiratung oder gefährlicher Arbeit sein. Menschenrechtsverletzungen müssten bei Kindern teilweise schwerer gewertet werden als bei Erwachsenen, so Rieger. Dem Asylverfahren für begleitete wie auch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge komme daher umso mehr Aufmerksamkeit zu. Dies werde grundlegend vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) anerkannt, erfordere aber in der Praxis eine besondere Sensibilität.

#### Kindgerechte Anhörungen

Als zentral im gesamten Prozess bewertete Uta Rieger die Rolle der Vormünder. Jedem Jugendlichen stehe nach der EU-Verfahrensrichtlinie so schnell wie möglich ein Vertreter zu. Aufgrund der steigenden Zahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge sei es in der Praxis jedoch zu Verzögerungen gekommen. „Viele Vormünder haben keine Erfahrung im Asyl- und Aufenthaltsrecht“, sagte Rieger. Der UNHCR fordere deshalb bundesweit einheitliche Standards und Weiterbildungen. „Jeder Jugendliche sollte zudem Anspruch auf einen Rechtsvertreter haben“. Dies befürwortete auch **Claudia Oelrich** von **fluchtpunkt**, einer kirchlichen Hilfestelle für Flüchtlinge in Hamburg. Auch wenn es viele geschulte und bemühte Vormünder gebe, mangle es an ausreichendem Wissen für die Antragsstellung. „Bei den zahlreichen Gesetzesänderungen wäre der Anspruch auf einen rechtlichen Vormund gut.“

Die Psychologin verwies zudem auf eine Nachqualifizierung der Mitarbeiter im Hinblick auf kindgerechte Interviews und Befragungen. Zudem sollten Asylanträge prioritär behandelt werden, damit Kinder und Jugendliche schneller eine Perspektive bekämen. „Jugendliche haben in der Phase der Asylantragsstellung nicht dieselben Rechte wie Asylsuchende“, sagte Uta Rieger. Hinzu komme eine lange Verfahrensdauer im Asylverfahren, die Ursache von zu wenigen benötigten Sonderbeauftragten und fehlender Priorisierung sei. Dies habe auch zur Folge, dass „bestimmte Rechte wie der Familiennachzug später nicht in Anspruch genommen werden können.“ Beide Expertinnen sprachen sich zudem dafür aus, das Bewusstsein für Fluchtursachen bei begleiteten wie unbegleiteten Kindern zu schärfen.

#### Jugendhilfebedarf statt biologisches Alter

Claudia Oelrich berichtete aus der Praxis mit jungen Flüchtlingen. Besonders die Einschätzung des Alters sei bei dieser Gruppe ein wichtiger Aspekt, der bestimme, was für sie in Deutschland in der Zukunft möglich sei. Seit es in Hamburg freigestellt sei, wie die qualifizierte Bewertung zur Feststellung des Alters durchgeführt werde, würden alle Jugendlichen durchschnittlich älter geschätzt.

Dies habe wiederum Einfluss auf die Vormundbestellung, den Schulbesuch oder die Stellung des Asylantrages. „Unser Wunsch ist ein einheitliches Verfahren, das den Jugendhilfebedarf ermittelt und nicht das biologische Alter – um den Jugendlichen bestmöglich zu helfen“, sagte Oelrich. So könne man einen Verlust von Lebenszeit vermeiden und Integrationsmaßnahmen sinnvoller und gezielter einsetzen. (lau/15.12.2016)



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Das Wortprotokoll kann unter <http://www.bundestag.de/blob/493834/859c0bbaa071021b49fdbbc2c108bbbe0/wortprotokoll-data.pdf> abgerufen werden.

### 1.3. Kinderrechte für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Zu dem öffentlichen Fachgespräch am **18. Januar 2017** zu den Kinderrechten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge waren die folgenden Experten eingeladen: **Prof. Dr. Jens Pothmann**, Mitarbeiter der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik, TU Dortmund, **Manfred Krusch**, Fachbereichsleiter Kinder, Jugend und Familie des Jugendamtes, Stadt Mannheim und **Tobias Klaus**, Bundesfachverband unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (BumF).

Auf der Homepage des Deutschen Bundestages erschien hierzu der folgende Artikel:

**Die Rechte junger Menschen weiter stärken, einen unbürokratischen Familiennachzug gewährleisten und erfolgreiche Konzepte im Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen weiter festigen** – dies waren einige Anregungen der Experten in der 53. Sitzung der Kinderkommission am Mittwoch, 18. Januar 2017. Unter dem Vorsitz von Katja Dörner (Bündnis 90/Die Grünen), in Vertretung für Beate Walter-Rosenheimer, berichteten die Sachverständigen zu „Kinderrechten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“.

#### „Jugendliche begleiten“

„Die Einschätzung der Behörden zur Flüchtlingssituation ist in den Bundesländern sehr unterschiedlich“, sagte **Prof. Dr. Jens Pothmann**, Mitarbeiter der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik der TU Dortmund. Die aktuellen statistischen Fallzahlen, unter anderem aus Asylstatistiken und einer Abfrage des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, könnten daher nur einen Überblick über die Situation der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge (umF) geben.

Die Auswertungen zeigen, dass die Zahlen der umF in Deutschland seit 2011 stetig zugenommen haben; einen Höchststand erreichten sie im Februar 2016 mit knapp 60.000. Ein Großteil der Flüchtlinge sei männlich und nahe der Volljährigkeit, also zwischen 16 und 17 Jahren alt, so der Experte. „Besonders die Familienverhältnisse sind oft ungeklärt“ – was zu Problemen beim Familiennachzug führe. Ergebnisse der Flucht seien häufig physische und psychische Probleme, da viele Kinder und Jugendliche aus Kriegszuständen oder Verfolgung fliehen müssten. Der Bedarf an Bildung, Betreuung und Integration sei daher hoch, sagte Pothmann. Er forderte vor allem die Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung sowie einen fließenderen Übergang zwischen Schule und Beruf. „Es geht nicht darum, das Ankommen zu organisieren, sondern die Jugendlichen zu begleiten.“

#### „Die Krise von 2015 ist überstanden“

**Manfred Krusch**, Fachbereichsleiter Kinder, Jugend und Familie des Jugendamtes der Stadt Mannheim, berichtete aus der Praxis einer Stadt mit bedarfsorientierten Erstaufnahmeeinrichtungen. „Die Krise von 2015 haben wir bewältigt. Bei vielem lief es holprig, aber es ging“, sagte Krusch. 2015 seien zeitweilig bis zu 16 000 Flüchtlingen in Mannheim versorgt worden, seit 2016 sei die Zahl aber rückläufig. In der Arbeit mit Flüchtlingen stehe man jedoch immer wieder vor ungeahnten Herausforderungen: „Viele der Kinder und Jugendlichen sind traumatisiert. Und eine Therapie mit Dolmetscher ist schwer“, so Krusch. Oft werde vor allem die Selbstständigkeit der jungen Erwachsenen unterschätzt, die sie vermeintlicherweise durch die Flucht entwickelt hätten. „Viele brauchen Betreuung über das 18. Lebensjahr hinaus.“

#### „Geringere Betreuung nicht wünschenswert“

Diese Ansicht teilt auch **Tobias Klaus** vom Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Solche Annahmen würden oft dazu führen, den Bedarf an Unterstützung für die Minderjährigen zu unterschätzen, so Klaus. Die 2016 viel diskutierte Novelle des Kinder- und Jugendhilferechts (SGB VIII), die unter anderem eine geringere Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen vorsehen könnte, sei daher nicht wünschenswert.





## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

„Wir sollten kein Einfallstor von Ungleichheiten durch die Absenkung der Leistungen schaffen“, sagte der Experte. Vielmehr forderte er eine Überführung der bisher erfolgreichen Maßnahmen in feste Strukturen durch die Jugendämter. Zudem müssten das Verteilungssystem der Kinder- und Jugendhilfe und das Asylgesetz zusammen gedacht und die Zusammenführung von Familien vereinfacht werden. (lau/19.01.2017)

Das Wortprotokoll kann unter <http://www.bundestag.de/blob/493834/859c0bbaa071021b49fdbbc2c108bbbe0/wortprotokoll-data.pdf> abgerufen werden.

### 1.4. Stellungnahme



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---



Deutscher Bundestag  
Kommission zur Wahrnehmung  
der Belange der Kinder  
(Kinderkommission)  
Die Vorsitzende

**Kommissionsdrucksache**  
**18. Wahlperiode**  
**18/19**

Berlin, 23. März 2017

**Beate Walter-Rosenheimer, MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-30551  
Fax: +49 30 227-36055  
kinderkommission@bundestag.de

**Dienstgebäude:**  
Paul-Löbe-Haus  
Konrad-Adenauer-Str. 1  
10557 Berlin

### **Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Kinderrechte für Flüchtlingskinder in der Unterkunft, dem Asylverfahren und der Kinder- und Jugendhilfe“**

Junge Flüchtlinge kommen mit sehr unterschiedlichen Geschichten und Biografien in Deutschland an. Viele eint aber, dass sie eine gefährliche Flucht aus einer lebensbedrohlichen Situation hinter sich haben. Sie haben fast alles Vertraute verloren und häufig Dinge erlebt, die sie den Rest ihres Lebens verfolgen werden. Doch Flüchtlingskinder werden oft nicht wie Kinder, sondern wie Erwachsene behandelt: Alle Regelungen des Asyl- und Aufenthaltsrechts gelten auch für sie, alle Verschärfungen treffen sie ungleich härter. Flüchtlingskinder sind besonders schutzbedürftig. Doch die Lebensbedingungen junger Geflüchteter erfüllen in vielen Bereichen nicht die Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention und Regelungen des Kinder- und Jugendhilferechts.

#### Flüchtlingsunterkünfte

Viele Flüchtlinge leben jahrelang in Gemeinschaftsunterkünften, Kinder werden dort mitunter erwachsen. Gemeinschaftsunterkünfte isolieren die Kinder und Jugendlichen, zudem liegen sie oft am Stadtrand, weit außerhalb. Das erschwert die Teilhabe am sozialen Leben und das Geld für vermeintliche Selbstverständlichkeiten ist knapp bemessen. Deshalb ist es wichtig, dass Flüchtlinge möglichst dezentral in Wohnungen unterkommen können, um am normalen Alltagsleben teilhaben zu können, statt isoliert unter sich zu sein. Die Lebensumstände in den Masseneinrichtungen sind häufig Kindeswohlgefährdend: Es gibt keine Rückzugsorte, teilweise ungenügende hygienische Verhältnisse, die Menschen leben auf engstem Raum, ohne Beschäftigung und ohne Privatsphäre. Das erhöht das Risiko, dass es zu Spannungen und Konflikten kommt, die sich auch in Gewalt entladen können. Familiäres Leben mit all seinen Facetten kann hier nicht ge-



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Seite 2



lebt werden. Besonders prekär ist die Situation in den sogenannten Rückführungszentren in Bamberg und Manching. Um den Schutz der Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten, sind Mindeststandards für die Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften erforderlich. Eine Orientierung für Qualitätsmerkmale zu Mindeststandards in Flüchtlingsunterkünften können die Empfehlungen des Unabhängigen Beauftragten gegen sexuellen Missbrauch zum Schutz von Kindern vor sexueller Gewalt bieten.

Viele Menschen, die in Deutschland Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen, leiden infolge der Erlebnisse im Herkunftsland und auf der Flucht unter schwerwiegenden körperlichen und vor allem psychischen Belastungen. Viele Flüchtlinge entwickeln infolge ihrer Erlebnisse eine Traumafolgestörung, verbunden mit Depressionen und Angststörungen. Kinder sind besonders gefährdet. Zu den fluchtbedingten Traumata kommen anhaltende krankheitsfördernde Belastungen in den Erstaufnahmeeinrichtungen hinzu. Die Mehrzahl der Kinder leidet unter der Trennung von Bezugspersonen, sozialer Isolation und dem unklaren Aufenthaltsstatus.

### Asylverfahren

Um gut anzukommen und sich im neuen Land zuhause fühlen zu können, brauchen Kinder und Jugendliche Lebensperspektiven. Nach der Flucht und ihren Auswirkungen darf die Unsicherheit nicht fortgesetzt werden. Für Kinder sind die frühen Monate und Jahre sehr prägend für ihr weiteres Leben. Deshalb ist es für sie besonders wichtig, dass Asylverfahren altersgerecht durchgeführt und ihre Schutzbedarfe in einer überschaubaren Zeit gründlich geprüft werden. Nur so werden ihnen nicht zusätzliche Hürden für einen Neuanfang in Deutschland in den Weg gelegt. Geflüchtete Kinder und Jugendliche erfahren im Asylverfahren bislang jedoch nur geringe Aufmerksamkeit: Oft werden sie vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nicht selbst angehört oder ihre Eltern beteiligen sie nicht am Verfahren. Unter 18-Jährige werden, sofern sie nicht alleine geflohen sind, im Asylverfahren zusammen mit ihren Eltern erfasst. Oftmals machen die Eltern von dem Recht Gebrauch, auf die individuelle Befragung ihrer Kinder zu verzichten, um sie zu schonen. Dabei dürfte ihnen allerdings in der Regel nicht bewusst sein, dass kinderspezifische Gründe für das Asylverfahren eine Rolle spielen. Es gibt eine Vielzahl von asylrelevanten Gründen, die in einer Gefährdung der Kinder selbst liegen können, sogenannte kinderspezifische Fluchtgründe: drohende Zwangsverheiratung, Sippenhaft, Zwangsrekrutierung als Kindersoldaten, Genitalverstümmelung, innerfamiliäre Gewalt, Kinderprostitution und -handel oder Verletzungen von weiteren Rechten, die sich aus



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Seite 3



der UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) oder anderen Menschenrechtskonventionen ergeben. Bislang werden diese Fluchtgründe im Asylverfahren vom BAMF, aber auch von Verwaltungsgerichten nur rudimentär und keinesfalls ausreichend beachtet.

### Kinder- und Jugendhilfe

Die Kinder- und Jugendhilfe bietet in Deutschland viele gute Angebote, die Kinder, Jugendliche und ihre Familien beim Aufwachsen unterstützen. Ob Kindertagesbetreuung, Jugendarbeit, die Hortbetreuung oder Hilfen zur Erziehung: fast alle Kinder und Jugendlichen nutzen im Laufe ihres Lebens diese Angebote. Um Integration erfolgreich zu gestalten, sollten die vorhandenen Strukturen für junge Flüchtlinge geöffnet und gestärkt werden. Das baut Kindern und Jugendlichen Brücken ins neue Leben und stärkt ihre Rechte von Anfang an.

Die EU-Aufnahmerichtlinie, das Haager Kinderschutzabkommen und die UN-Kinderrechtskonvention stellen die besondere Schutzbedürftigkeit von Flüchtlingskindern fest – unabhängig davon, ob sie mit oder ohne Eltern einreisen. Für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gelten einige zusätzliche Anforderungen. So sollen sie dabei unterstützt werden, nach ihren Eltern oder anderen Familienmitgliedern zu suchen. Sie sollen genauso untergebracht, versorgt und betreut werden und den gleichen Schutz erhalten, wie jedes andere Kind in Deutschland, das nicht in seiner Familie lebt.

### Gesetz zur besseren Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher

Die Zuständigkeit der Jugendhilfe für die unbegleiteten jungen Flüchtlinge ist im SGB VIII festgelegt. In vielen Kommunen haben die Träger der Jugendhilfe zusammen mit Verwaltung und Zivilgesellschaft engagiert gute Strukturen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufgebaut. Jugendämter haben in den vergangenen Monaten immer mehr unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Obhut genommen. Viele Jugendämter hatten kaum Erfahrung mit jungen Flüchtlingen, als das Gesetz zur besseren Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher im November 2015 in Kraft trat. Nach einer ersten Phase der Überforderung sind inzwischen Entlastungseffekte bei den Behörden eingetreten. Im Februar 2016 war mit 60.600 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in der Zuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe der Höchststand erreicht. Im Dezember 2016 waren es nur noch knapp 49.800 junge Menschen. Die meisten von ihnen leben in stationären Einrichtungen und betreuten Wohnformen. Bis Anfang 2016 waren noch viele in Notunterkünften untergebracht. Gast- und Pflegefamilien spielen im Umfang nur eine kleine Rolle.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Seite 4



Bei vielen der jungen Geflüchteten lassen sich extreme fluchtbedingte physische und psychische Belastungen und Gesundheitsbeeinträchtigungen feststellen. Es gibt einen hohen Bedarf an verlässlichen und kontinuierlichen Angeboten im Bereich Bildung und sozialpädagogischer Betreuung sowie an therapeutischen Angeboten. Die Bestellung des Vormunds hat eine zentrale Bedeutung für die Lebensgestaltung, die Sicherung des Kindeswohls und damit verbunden eine gelingende Integration. Hohe Fallzahlen, lange Zeiträume bis zur Bestellung und fehlende Qualifikationsmöglichkeiten schränken die Wirkungsmöglichkeiten der Vormundschaft aber ein. Viele Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe stehen in der Arbeit mit jungen Flüchtlingen vor neuen Herausforderungen. Um diese gut zu meistern, sind zusätzliche personelle Ressourcen sowie Fort- und Weiterbildungen notwendig. Sprachbarrieren erfordern den Einsatz von Dolmetscherinnen und Dolmetschern sowie Sprach- und Kulturmittlerinnen und -mittlern. Gesetzlichen Verbesserungsbedarf gibt es – auch für junge volljährige Flüchtlinge – insbesondere bei der innerdeutschen Familienzusammenführung und der Angleichung der Umsetzung von gesetzlichen Regelungen, sei es beim Umgang mit Altersfestsetzung, der Klärung von Zuständigkeiten oder auch der Dauer einzelner Verfahren bzw. Prozessschritte.

In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf die bisherigen Stellungnahmen der Kinderkommission.

### **Die Kinderkommission empfiehlt:**

Für den Bereich Flüchtlingsunterkünfte:

- die Erstellung von Schutzkonzepten und Etablierung von kinderfreundlichen Bereichen in Flüchtlingsunterkünften sowie eine Betriebserlaubnis für Gemeinschaftsunterkünfte entsprechend § 45 SGB VIII;
- die strukturelle Zusammenarbeit der Kinder- und Jugendhilfe mit Notunterkünften, Erstaufnahmen und Gemeinschaftsunterkünften. In den Einrichtungen müssen Beratungsangebote präsent sein. Die Jugendhilfe muss ihren Einmischungsauftrag ernst nehmen und Aufnahmeeinrichtungen auf Gefahren für das Kindeswohl prüfen. § 8b Abs.1 SGB VIII sieht bereits einen Beratungsanspruch zur Einschätzung einer Kindeswohlgefährdung für alle Personen vor, die aus beruflichen Gründen im Kontakt zu Kindern und Jugendlichen stehen. Für dieses Angebot müssen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unterkünften sensibilisiert werden.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Seite 5



Für den Bereich Asylverfahren:

- das Kindeswohl im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention in allen aufenthalts- und asylrechtlichen Verfahrensschritten vorrangig zu berücksichtigen. Kinderspezifische Verfolgungsgründe sind asylrelevant. Es muss u. a. durch Weisungen und Schulungen sichergestellt werden, dass das BAMF und die Verwaltungsgerichte solche Verfolgungsgründe prüfen und anerkennen. Um kinderspezifische Fluchtgründe zu erkennen und ausreichend zu beachten, braucht es pädagogisches und psychologisches Fachpersonal im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Während der Anhörungen der Eltern muss eine Kinderbetreuung verfügbar sein;
- die Einführung bundesweit einheitlicher Standards zur Qualifizierung von Vormündern. Langfristig sollte das Themenfeld Flucht und Migration in Ausbildungen, Studiengängen und in Fortbildungsangeboten für Vormünder fest verankert werden. Jedes unbegleitete Kind sowie unbegleitete Jugendliche sollten darüber hinaus Zugang zu Rechtsberatung durch einen Rechtsvertreter haben;
- Asylanträge von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen sind prioritär zu behandeln, da diese oft eines besonderen Schutzes und besonderer Hilfe bedürfen. Sie haben in der häufig relativ langen Phase vor der Asylantragstellung mit dem Status der Duldung nicht dieselben Rechte wie Asylsuchende, sondern zum Teil weniger umfassende Rechte beispielsweise bei der Suche nach Familienangehörigen. Unbegleitete Kinder und Jugendliche sollten vor Asylantragstellung Zugang zu denselben Rechten wie Asylsuchende erhalten, um eine Schlechterstellung durch das notwendige jugendhilferechtliche Vorverfahren zu vermeiden bzw. ein Umgehen von Standards zu verhindern;
- zur Wahrung des Kindeswohls wird von Abschiebungen von unbegleiteten Minderjährigen abgesehen.

Für den Bereich Kinder- und Jugendhilfe:

- eine Klarstellung der Zuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe für begleitete und unbegleitete Flüchtlingskinder von Anbeginn ihres Aufenthalts in Deutschland;



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Seite 6



- das Kindeswohl im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention in allen Fragen der Verteilung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge vorrangig zu berücksichtigen. Familienzusammenführungen müssen hierbei prioritär behandelt werden; die geltende Rechtslage ist dahingehend zu prüfen, ob sie nicht einer schnellen Familienzusammenführung innerhalb Deutschlands im Weg steht, hierbei sind die jugendhilfe-rechtlichen Zuständigkeitsregelungen zu überprüfen. Die Festsetzung des Alters ist zentral für die Einordnung ins Rechtssystem und damit entscheidend für die Zukunftschancen der jungen Menschen. Es ist daher unerlässlich, bundesweit einheitliche Mindeststandards einer am Kindeswohl orientierten Alterseinschätzung und eine entsprechende Dokumentationspflicht gesetzlich festzuschreiben und umzusetzen. Hierfür bieten sich die Handlungsempfehlungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter an;
- im Bedarfsfall nach § 41 SGB VIII für junge, volljährige Flüchtlinge den vollen Zugang zu den Hilfen für junge Volljährige sicherzustellen. Durch ein plötzliches und vorzeitiges Ende der Jugendhilfe wird ihr Erfolg bei den vorangegangenen Maßnahmen aufs Spiel gesetzt. Junge Menschen verlieren die sozialpädagogische Begleitung, ihre Wohnung und häufig auch die therapeutische Unterstützung. Das ist verantwortungslos und schlecht für Integrations- und Zukunftschancen;
- spezialisierte psycho-soziale Zentren und vergleichbare Angebote für Flüchtlinge auszubauen und verlässlich zu finanzieren.

### **Die Kinderkommission dankt folgenden Sachverständigen für ihren Input und ihre Expertise:**

**Romeo Franz**

(Geschäftsführer der Hildegard-Lagrenne-Stiftung)

**Claudia Kittel, Dominic Bär**

(Leiterin der Monitoring-Stelle für die UN-Kinderrechtskonvention)

**Uta Rieger**

(UNHCR)

**Claudia Oelrich**

(fluchtpunkt – Kirchliche Hilfsstelle für Flüchtlinge)

**Tobias Klaus**

(Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge)



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Seite 7



**Manfred Krusch**

(Fachbereichsleiter Kinder, Jugend und Familie – Jugendamt  
Stadt Mannheim)

**Dr. phil. Jens Pothmann**

(TU Dortmund, Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik)

Beate Walter-Rosenheimer, MdB





## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

### 2. Schwerpunktthema „Jung und extrem – Jugend und Extremismus in Deutschland“

#### 2.1. Jung und extrem: Einführung und Vergleich der Extremismusphänomene

Am **15. Februar 2017** erfolgte die öffentliche Einführung in die Thematik Jugend und Extremismus mit folgenden Expertinnen: **Claudia Dantschke**, Leiterin der Beratungsstelle für Eltern und Lehrer „Hayat“ sowie **Michaela Glaser**, Deutsches Jugendinstitut e. V., Projektleitung Arbeits- und Forschungsstelle, Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention.

Hierüber wurde auf der Homepage des Deutschen Bundestages wie folgt berichtet:

„Die Jugendlichen sind nicht auf der Suche nach Religion, sondern nach Eindeutigkeit“, sagte **Claudia Dantschke, Leiterin der Beratungsstelle für Eltern „Hayat“**, die sich unter anderem mit islamistischer und salafistischer Radikalisierung beschäftigt. Die Expertin warnte im Expertengespräch **der Kinderkommission des Deutschen Bundestages**, zu schnell bestimmte Kategorien anzulegen, um Jugendliche im Bereich des Extremismus einzuordnen.

Die Sitzung am **Mittwoch, 15. Februar 2017**, unter der Leitung von **Beate Walter-Rosenheimer (Bündnis 90/Die Grünen)**, stand unter dem Titel **„Jung und extrem: Einführung und Vergleich der Extremismusphänomene“**. Ein besonderer Fokus lag dabei auf dem Rechtsextremismus und dem Islamismus.

#### **Rechtsextremismus und Islamismus nur begrenzt vergleichbar**

**Michaela Glaser**, Projektleiterin der Arbeits- & Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention des Deutschen Jugendinstitutes, wies eingangs darauf hin, dass ein Vergleich der beiden Strömungen nur begrenzt möglich sei. Der aktuelle Forschungsstand sei zwar breit gefächert, jedoch stehe besonders beim Islamismus die Terrorismusforschung im Vordergrund.

Im Rechtsextremismus fehlten hingegen Studien zu Führungsfiguren. Auch in ihren Inhalten seien die Ideologien für unterschiedliche Gruppen interessant, so Glaser: Während der Rechtsextremismus aufgrund seiner Ideologie recht geschlossen sei, wirke der Islamismus inklusiver.

#### **Abgrenzung und Neuorientierung als Ziel**

Ähnlich sind jedoch die Motive: „Die Jugendliche streben oft eine Abgrenzung an und versuchen, sich neu zu orientieren.“ Aspekte wie ein klares Freund-Feind-Bild, Kameradschaft, Sinnsuche und Zugehörigkeit, seien dabei grundlegend.

Auch Glaser betonte, dass es wichtig sei, die Jugendlichen nicht vorschnell zu etikettieren. „Die Jugendphasenspezifisch ist bei Jugendlichen besonders relevant.“ Die Hinwendung zu extremistischen Bewegungen geschehe zwar meist im Jugendalter, eine Ideologie sei dort aber noch nicht ausgeprägt. Diese entwickle sich meist erst innerhalb einer bestimmten Gruppe.

#### **„Perspektiven der Jugendlichen verstehen“**

Bei jeder Entwicklung spielt auch das persönliche und berufliche Umfeld eine Rolle. Laut der Expertin sind besonders in der rechtsradikalen Szene Strukturen wie problematische Familienverhältnisse, Gewalterfahrungen oder fehlende Vaterfiguren zu erkennen. Inhaltlich gehe es jedoch weniger um „rechtsextreme Vorbilder“, betonte Glaser. Oft herrschten in den Familien vielmehr traditionelle Rollen- und Feindbilder vor, die die Jugendlichen prägen.

„Entscheidend für die Arbeit mit den Jugendlichen ist, ihre Perspektiven zu verstehen und nach Alternativen und anderen Anerkennungsräumen zu suchen.“ Um die Jugendlichen zu erreichen, müssten vor allem die Schulen als Partner mit einbezogen werden.

#### **Salafismus als inklusive Idee**

„Das Alter der Jugendlichen, die sich radikalieren, ist entgegen der öffentlichen Wahrnehmung nicht gesunken“, sagte Claudia Dantschke, die sich mit islamistischer und salafistischer Radikalisierung beschäftigt. Jedoch könne man mittlerweile nicht mehr hauptsächlich von Konvertiten und Muslimen sprechen. Die Religion spiele oftmals nur noch eine geringe Rolle in der Lebenswirklichkeit der Jugendlichen und wenn, dann nur als eine Art Herkunftstradition, die ohne tiefere Analysen akzeptiert werde.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Im Gegensatz zum Rechtsextremismus sei jedoch vor allem der Salafismus für viele junge Menschen ein klares Angebot. Als inklusive Idee mit egalitären Strukturen, die unabhängig von Herkunft oder Familie funktionierten, so die Expertin. Vor allem Heilsversprechen würden den Jugendlichen dabei einen großen Anreiz und ein klares Ziel bieten. Entscheidend für eine Radikalisierung sei jedoch auch im Bereich des Islamismus die familiäre Situation: „Wo die Jugendlichen durch das Raster der Familie fallen, kommt es zu einer emotionalen Entfremdung“, sagt Dantschke.

### „Pop-dschihadistische Jugendgeneration“

Die Radikalisierung geschehe dann über soziale Kontakte im Umfeld. „Man schaut sich nicht nur einfach ein paar Videos im Internet an“. Trotzdem spiele das Internet eine Rolle im Austausch mit Gleichgesinnten. Dantschke warnte davor, Jugendlichen vorschnell Kategorien zuzuschreiben. Genau diese komplexen Probleme unserer Gesellschaft würden für viele Jugendliche egalitäre Strukturen wie den Salafismus interessant machen. Zudem hätten sich Bewegungen außerhalb der klassischen Muster entwickelt wie zum Beispiel eine Art „pop-dschihadistische Jugendgeneration“. Diese habe mit einer religiösen Alltagspraxis, wie beispielsweise dem Verzicht auf Alkohol, nichts mehr zu tun.

Im Umgang mit dem Problem müssten vor allem die Familien unterstützt werden. „Das Jugendamt ist ein wichtiger Akteur und müsste mehr geschult werden.“ Reines Wissen über die Entwicklungen und Phänomene reiche nicht aus. „Wir müssen in der Sprache der Jugendlichen an sie herantreten.“ (lau/16.02.2017)

Das Wortprotokoll kann unter <http://www.bundestag.de/blob/502494/077b935f2661c1c3bbe70a50a456263c/wortprotokoll-data.pdf> abgerufen werden.

## 2.2. Rechtsextremismus

Zu der Thematik Rechtsextremismus fand am **8. März 2017** ein öffentliches Fachgespräch mit den folgenden Sachverständigen statt: **Felix Benneckenstein** (Aussteigerhilfe Bayern e. V. Exit-Deutschland), **Dr. Thomas Pfeiffer** (Ministerium für Inneres und Kommunales NRW – Abteilung Verfassungsschutz – Referat Prävention, Aussteigerprogramme) und **Eva Prausner** (Projekt ElternStärken – Beratung, Vernetzung, Fortbildung zum Thema Familie & Rechtsextremismus).

Hierzu wurde auf der Homepage des Deutschen Bundestages wie folgt berichtet:

### „In den besten Fällen merkt die Szene nicht, dass man aussteigt“

Mit Fragen zur Prävention und dem Ausstieg aus dem Rechtsextremismus beschäftigte sich die Kinderkommission.

Warum nähern sich Jugendliche der rechtsextremen Szene an? Welche Rolle spielen Eltern und Pädagogen? Und wie steigt man aus? Über diese Themen informierten Experten in einem öffentlichen Fachgespräch der Kinderkommission des Deutschen Bundestages am Mittwoch, 8. März 2017 unter der Leitung von Beate Walter-Rosenheimer (Bündnis 90/Die Grünen).

### Rechtsextremismus als Jugendphänomen

„Die rechtsextreme Szene hat in den letzten Jahren eine Lernphase durchschritten, wie man an Jugendliche herantritt“, erläuterte **Dr.**

**Thomas Pfeiffer**, Mitarbeiter der Abteilung Verfassungsschutz, Referat Prävention und Aussteigerprogramme des Ministeriums für Inneres und Kommunales Nordrhein-Westfalen. Ideologie und Inhalte würden zusammen mit Aktivitäten und reizvollen Projekten wie Konzerten oder Sommercamps angeboten. Neben einer Nähe zur Jugendkultur zeichne sich dabei eine Breite der Formen in der Szene selbst ab.

Auch wenn der Rechtsextremismus als Einstellung selbst bei Kindern und Jugendlichen nicht so verbreitet sei, könne man ihn durch die Zielgruppenorientierung durchaus als Jugendphänomen bezeichnen. Die Szene verspreche den jungen Menschen vor allem Gemeinschaft, reale und mediale Aktivitäten und Anerkennung – „eine Mischung aus Selbstwert, Selbstwirksamkeit, Integration und Identität“, so Pfeiffer.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

### „Ich greife die anderen an, weil sie mich angreifen“

Diese Erfahrungen konnte auch **Felix Benneckenstein** bestätigen. Der Mitarbeiter der Aussteigerhilfe Bayern e.V. Exit-Deutschland, verließ selbst vor ein paar Jahren die rechtsextreme Szene in Bayern. „Man verstehe sich als politischer Soldat“, so Benneckenstein. Das eigene Leben werde einer Ideologie komplett untergeordnet. Angriffe von außen, zum Beispiel durch linke Gruppen, bestätigten dann nur das eigene Weltbild: „Ich greife die anderen an, weil sie mich angreifen.“

Exit Deutschland hat etwa 650 Menschen beim Austritt aus der rechtsextremen Szene begleitet. Die Organisatoren warten jedoch in den meisten Fällen, bis Mitglieder der Parteien selbst an sie herantreten. „Dass man sich bei einem sogenannten Verräter meldet, um über sein Problem zu reden, setzt viel Reflexion im Vorfeld voraus“, so der Experte. Jeder Ausstieg müsse dann ganz individuell unterstützt werden. In den besten Fällen merke die Szene selbst gar nicht, dass jemand aussteigt, „damit sich kein Hass entwickeln kann“.

### Gründe im familiären Umfeld

Seit einigen Monaten finde der Zulauf in die rechte Szene jedoch auf einer neuen Ebene statt, so Benneckenstein. Ursache sei vor allem die „Rassen-Thematik“, die im Zuge der Flüchtlingskrise neuen Aufwind bekomme. Gründe für den Einstieg in den Rechtsextremismus seien jedoch vielfältiger.

Oftmals lägen die Anfänge schon im familiären Umfeld. Ob als eine Art „Stammtisch-Rassismus“, der Jugendlichen zu Hause vermittelt werde oder der direkte, forcierte Einstieg in die rechte Szene durch Jugendorganisationen. Jedoch gebe es auch die provokative Abgrenzung von besonders linksliberalen Familienhintergründen.

### Diskriminierung in der Kita

Über den Umgang mit Eltern und rassistischen oder sogar rechtsextremen Einstellungen von pädagogischer Seite, berichtete abschließend **Eva Prausner** vom Projekt ElternStärken. „Was mache ich mit Eltern, die sich über die Puppe mit einer anderen Hautfarbe im Puppenregal der Kita aufregen?“, fragte die Expertin.

Wie könne man mit Eltern kommunizieren, ohne ihre Haltung zu verharmlosen? „Fachkräfte arbeiten auf der Grundlage des Rechtsstaates und müssen sich klar gegen rechtsextreme Stimmungen wenden“, so Prausner. Handlungsrahmen dafür seien die Menschen- und Kinderrechte.

### Wohl der Kinder in den Vordergrund stellen

„Kinder orientieren sich sehr schnell an den Diskriminierungsregeln ihrer Eltern.“ Dieses Verhalten müsse daher ausgeschlossen werden, ohne die Kinder in eine Außenseiterrolle zu drängen. Pädagogen müssten dazu die Rolle der Eltern anerkennen, menschenverachtende Inhalte aber zurückweisen. Gerade im Zuge der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen sehe man zunehmend Sorge bei den Eltern um die eigenen Kinder.

„Mittlerweile werden viele Ressentiments jedoch als Sorge getarnt“, sagte Eva Prausner. Die gemeinsame Handlungsebene zwischen Eltern und Pädagogen sollte jedoch immer sein: Was ist das Beste für das Kind? Um dies zu leisten, müssten Fachkräfte vor allem erfahren sein und Einstellungen und Erscheinungsformen der rechtsextremen Szene kennen. (lau/09.03.2017)

Das Wortprotokoll kann unter

<http://www.bundestag.de/blob/510208/8c98ee52b71616fcbb20caa20e4a0a4d/wortprotokoll-data.pdf> abgerufen werden.

### 2.3. Gewaltbereiter Islamismus

Am **22. März 2017** war der **gewaltbereite Islamismus** Gegenstand eines öffentlichen Fachgesprächs mit **Thomas Mücke** von Violence Prevention Network e. V. und **Kerstin Sischka** von HAYAT-Deutschland/EXIT-Deutschland.

Auf der Homepage des Deutschen Bundestages wurde folgender Artikel veröffentlicht:



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

### „Emotionale Bedürfnisse junger Menschen ansprechen“

„Sie konnten ganz einfache Antworten auf meine Fragen geben“, sagt **Dominic Schmitz** in einem Videoausschnitt der ZDF-Talkshow Markus Lanz. Der junge Mann ist ein Aussteiger aus der Salafisten-Szene. Solche Erfahrungen und die Gefahren des gewaltbereiten Islamismus für Jugendliche waren Thema in der Sitzung der **Kinderkommission des Deutschen Bundestages** in der Sitzung am **Mittwoch, 22. März 2017**. In einem öffentlichen Expertengespräch unter der Leitung von **Beate-Walter Rosenheimer (Bündnis 90/Die Grünen)** berichteten Experten aus dem Bereich der Präventions- und Aussteigerarbeit.

#### Jugendliche aus allen Schichten

„Der Begriff einer Art Pop-Kultur, der mittlerweile für den Dschihadismus bei jungen Menschen gebraucht wird, ist etwas zu relativierend“, sagte **Thomas Mücke, Geschäftsführer des Violence Prevention Network**. Der Dschihadismus bediene sich vielfältiger Manipulationsmechanismen, um junge Leute anzusprechen – und das bei Kindern und Jugendlichen aus allen sozialen Schichten. Meist sei es die Suche nach dem Sinn des Lebens, nach Anerkennung und Ordnung.

#### Angst vor dem Jenseits

Im Unterschied zum Rechtsradikalismus, der auch diese Aspekte anspreche, erschaffe der Salafismus zudem eine Angst vor dem Jenseits. Dies berichtete auch Dominic Schmitz im Gespräch mit Markus Lanz: „Der Salafismus droht mit massiven Konsequenzen, wenn man den Regeln nicht folgt.“ Hölle und Paradies würden dann wie die Realität wahrgenommen, das Ziel eines konformen Lebens werde mit großer Disziplin verfolgt.

#### Extremisten wenden sich an Schutzbedürftige

Die Radikalisierung auf dem Weg in den Salafismus verlaufe dabei über mehrere Schritte, berichtete Thomas Mücke. Von der Einführung in die meist unbekanntere Religion über die Entfremdung von der Gesellschaft bis zur Missionierung und der Entfremdung von der Familie. Der Einfluss des Internets sei dabei jedoch geringer als oft angenommen.

Ab einem gewissen Punkt werde dann der Gerechtigkeitssinn der jungen Menschen angesprochen: „Wie kannst du hier sein, während deine Brüder in der Welt sterben?“ Dies führe schließlich zu einer Ausreise nach Syrien oder in andere Gebiete. „Extremisten wenden sich immer an besonders Schutzbedürftige“, so Mücke. Daher gelte es, die Jugendlichen vorher zu erreichen und vor allem auf Themen einzugehen, die sie interessieren.

#### Suche nach einer Vaterfigur

„Jugendliche im Radikalisierungsprozess ziehen sich zurück“, bestätigte auch **Kerstin Sischka, Koordinatorin im Modellprojekt „Diagnostisch-therapeutisches Netzwerk Extremismus“ (DNE)**. Aus psychologischer Sicht diene der Dschihadismus als Mechanismus zur Krisenbewältigung. Depressionen oder Schuldgefühle würden einfach auf andere Dinge projiziert. „Der Schulabbruch wird dann einem äußeren Feind angeheftet.“



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Zudem suchten junge Menschen häufig nach einer Vaterfigur, die schließlich von anderen Menschen oder Ideologien ausgefüllt werden könne. Um die Probleme der Jugendlichen auf einer psychosomatischen Ebene zu behandeln, brauche es vor allem gut ausgebildete Fachkräfte, so Sischka. Auch die Einbindung von Bezugspersonen der Jugendlichen sei bei der Arbeit sehr wichtig.

(lau/23.03.2016)

Das Wortprotokoll kann unter <http://www.bundestag.de/blob/515036/48adb63d98c25e0bb575c3add498b698/wortprotokoll-data.pdf> abgerufen werden.

### 2.4. Stellungnahme



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---



Deutscher Bundestag  
Kommission zur Wahrnehmung  
der Belange der Kinder  
(Kinderkommission)  
Die Vorsitzende

**Kommissionsdrucksache**  
**18. Wahlperiode**  
**18/25**

---

Berlin, 17. August 2017

**Beate Walter-Rosenheimer, MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-30551  
Fax: +49 30 227-36055  
kinderkommission@bundestag.de

**Dienstgebäude:**  
Paul-Löbe-Haus  
Konrad-Adenauer-Str. 1  
10557 Berlin

### **Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Jung und extrem – Jugend und Extremismus in Deutschland“**

Die Jugend ist eine Umbruchs- und Orientierungsphase. Jugendliche sind auf der Suche nach ihrer Identität, in der es um Abgrenzung und Neuorientierung geht. Betrachtet man Radikalisierungsprozesse, lassen sich viele jugendspezifische Motive finden. Der Blick darauf ist gerade für die Prävention relevant, weil sie erklären, weshalb Jugendliche eine besondere Empfänglichkeit für solche Angebote haben. Daraus leiten sich auch Chancen ab: Menschen sind im Jugendalter noch nicht komplett gefestigt, sie sind auf der Suche, Verläufe sind noch offen. Aus diesem Grunde ist es wichtig, Prävention zu stärken, damit sich so viele Jugendliche wie möglich wieder von der menschenverachtenden Ideologie abwenden.

Viele zieht das mit den Ideologien bediente Gemeinschaftsversprechen an — Kameradschaft beim Rechtsextremismus oder „brotherhood/sisterhood“ im Islamismus. Aber auch für die Suche nach Sinn, nach Orientierung im Leben, bieten die Ideologien mit ihrer relativ klaren Handlungsanweisung, ihrer Komplexitätsreduktion und diesem klaren Freund-Feind-Bild ein Orientierungsangebot. Gleichzeitig ist es ein sehr jugendtypischer Wunsch, selbst aktiv zu werden und sich für etwas Bedeutsames zu engagieren. Auch wenn Radikalisierungsprozesse unterschiedlich sind, gibt es Gemeinsamkeiten: meist treffen negative Erlebnisse in der Kindheit bzw. Familie, Diskriminierungs- oder Ausgrenzungserfahrungen und Identitätskonflikte auf Ideologien bzw. Gruppen, die einfache Antworten, Orientierung und Geborgenheit und bedeutungsvolle oder gar heldenhafte Existenz versprechen. Untersuchungen zeigen, dass sich das Tempo der Radikalisierung, die Art der Anwerbung und die Motivation junger



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Seite 2



Menschen in den letzten Jahren verändert haben. Die Bedeutung der Internetpropaganda und die Rolle sozialer Medien werden bei der Radikalisierung immer wichtiger. Dort werden gezielt Anwerbestrategien platziert.

**Gewaltbereiter Islamismus** spricht nicht nur muslimische Jugendliche an, sondern entwickelt sich zu einer radikalen Jugendsubkultur, die für Jugendliche aller sozialen Schichten und aller religiösen, nationalen oder kulturellen Herkunft attraktiv sein kann. Aus psychoanalytischer Sicht lässt sich beobachten, dass durch die emotionale Besetzung der dschihadistischen oder salafistischen politischen Ideologie und den damit verbundenen Ritualen mitunter Angst oder Schamgefühle, die in dem Identitätschaos der Adoleszenz besonders stark sein können, abgewehrt werden. Die Psychoanalyse kennt eine ganze Reihe solcher Abwehrmechanismen, wenn Menschen in schweren Krisen stecken. Die dschihadistische Ideologie kann zu einer Art Auffangbecken, also einem „Container für die Projektion“ radikalierungsgefährdeter junger Menschen werden, d. h. die Ideologie nimmt etwas auf, wovon sich der Mensch entledigen möchte, was von der Psyche abgespalten und durch Projektion in den sozialen Kontext ausgelagert wird. Auf diese Weise können die jungen Menschen ihr eigenes Versagen, beispielsweise den Schulabbruch, einem äußeren Feind anheften – der andere ist schuld und muss bekämpft werden. Sie können ihre Angst vor etwas Unreinem auf die Ungläubigen projizieren, mit denen man nicht mehr in Berührung kommen darf, oder sie können die eigene Schwäche in den Anderen verachten. Und das verschafft zumindest vorübergehend eine deutliche psychische Entlastung bis hin zu einem Höhenflugesgefühl.

Radikalisierung ist ein individueller Prozess, verschiedene Ursachen greifen ineinander und kommen in unterschiedlicher Gewichtung zusammen. Nicht immer trifft alles zu. Eine Reihe junger Menschen, die sich für den Dschihad begeistern, kommt aus „geordneten“ bis gut situierten Verhältnissen. Beachtlich ist auch die Zahl deutscher Konvertiten. Die Zugehörigkeit zu einer „Risikogruppe“ führt nicht bei jedem zu Intoleranz, Radikalisierung und Gewaltanwendung.

Drei Grunderfahrungen prägen viele radikalisierte gewaltbereite Islamisten:

- Sie haben das Gefühl, nicht zur Gesellschaft zu gehören – fremd im eigenen Land zu sein. Zur Lebensrealität gehören Diskriminierungs-, Ausgrenzungs- oder auch Mobbing Erfahrungen.
- Die Lebenswirklichkeit dieser jungen Menschen ist häufig geprägt von Perspektivlosigkeit bis hin zu Depressionen



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Seite 3



durch z. B. frühzeitigen Schulabbruch, Arbeitslosigkeit und ein geringes Selbstwertgefühl. Sie haben nicht viel zu verlieren und häufig bereits eine kleinkriminelle Karriere hinter sich.

- Familiäre Probleme, geschlechterbezogene Rollenkonflikte und häufig auch Gewalterfahrung begleiten sie beim Aufwachsen: Verbindliche traditionelle religiöse Werte, tradierte Zuschreibungen von Geschlechtsrollen und eine Sexualmoral, die auf Verbote und Enthaltsamkeit setzt, stehen im Kontrast zu Werten bzw. zur Realität in unserer Gesellschaft. Das macht es für die jungen Menschen besonders schwierig, ihre eigene Identität zu finden. Neben den Rollenkonflikten haben radikalisierte gewaltbereite junge Menschen nicht selten Gewalt in der Familie erlebt. Häufig ist der Schritt in die radikale Religionsausübung ein jugendtypischer Akt des sich Absetzens und der Distanzierung von der Familie – das gilt für Jungen und Mädchen gleichermaßen.

Propagandisten des gewaltbereiten Islamismus füllen schließlich dieses Vakuum und bieten den jungen Menschen scheinbar genau das, was sie in ihrem Leben auf anderem Wege nicht finden können oder wollen. Sie propagieren eine bestimmte Auslegung des Islams als einzig rechtmäßige und erschaffen damit eine Ideologie, die Legitimations- und Identifikationsangebote bietet, in denen die Jugendlichen in kurzer Zeit vom Versager zum Helden werden. Im Glauben mitsamt einem geschlossenen Freund-Feind-Weltbild, der Identifikation mit einer vermeintlichen religiösen Avantgarde und einem radikalen Gegenentwurf zum westlichen Leitbild machen sie jungen Menschen ein Angebot, das auf verstörend einfache Weise Orientierung und Klarheit gibt. Die Radikalisierung und Gewaltanwendung ermöglicht ihnen die größtmögliche Abgrenzung von der Gesellschaft – verbunden mit einem extrem hohen Aufmerksamkeitsfaktor in der Öffentlichkeit.

Wer von Radikalisierung sprach, hatte lange nur junge Männer vor Augen. Die Rolle von Mädchen und jungen Frauen ist in der Forschung noch zu wenig untersucht und Präventionsprogramme richten sich eher an Jungen und Männer. Doch Mädchen und Frauen spielen eine wichtige Rolle im gewaltbereiten Islamismus: als Ideologinnen für die „Öffentlichkeitsarbeit“ in Moscheen, Jugendclubs, Schulen oder in sozialen Netzwerken; als Mütter, die für Nachwuchs im Dschihad sorgen; als Frauen für die Kämpfer des IS und mitunter auch in der direkten Gewaltausübung. Mädchen werden von gewaltbereiten islamistischen Gruppen zunehmend gezielt angesprochen und für die Ausreise in den Dschihad umworben. Dabei spielt gerade bei Mädchen der sogenannte Pop-Dschihadismus im Netz eine weitverbreitete Rol-





## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Seite 4



le. Junge Frauen schwärmen für IS-Kämpfer wie andere für Popstars. Manche junge Frau, gerade aus traditionell-konservativen Familien, möchte sich mit ihrer Ausreise auch selbstbestimmt und emanzipativ von ihren Eltern und deren patriarchalischer Kultur absetzen.

**Rechtsextremismus** ist nicht per se ein Jugendphänomen. So war etwa die NPD der 1960er Jahre ein „Altherrenverein“. Aber circa seit den 1990er Jahren hat der organisierte Rechtsextremismus eine zentrale Zielgruppe: Programme und Methoden werden auf Jugendliche und junge Erwachsene ausgerichtet. Mit ihren Anwerbestrategien wenden sich Rechtsextreme gezielt und umfassend an die Lebenswelten junger Menschen.

Was sich aber gerade im Rechtsextremismus als sehr relevant erweist, ist ein problematisches Familienklima, eine fehlende Verlässlichkeit, Desinteresse und emotionale Kälte. Die jungen Menschen zieht somit vor allem das Versprechen von Gemeinschaft und Kameradschaft an. Es ist das Versprechen von Freizeitaktivität und Aktion sowohl in der realen Welt – also unmittelbare, direkte Aktivitäten –, als auch eine große Bandbreite an medialen Erlebniswelten, Social Media, Musik und anderes. Für gewaltnahe, gewaltaffine Personen macht die Möglichkeit, Gewalt ausleben zu können und dafür Anerkennung erwarten zu können, den Rechtsextremismus besonders attraktiv.

Rechtsextremismus wird immer da stark sein, wo Demokratie schwach ist. Darum sind alle Möglichkeiten, demokratische Erlebniswelten zu stärken, immer Formen von Rechtsextremismusprävention. Jugendliche müssen an der Gesellschaft teilhaben können, sie brauchen Gemeinschaftsgefühle, die nicht im Sinne von Kameradschaft auf der Basis von Blut und Rasse, sondern von Vielfalt und Gleichwertigkeit wirken.

Um Radikalisierung zu verhindern, müssen wir junge Menschen stark machen und für unsere offene demokratische Gesellschaft begeistern. Die Werte und Chancen, die eine offene, vielfältige Gesellschaft für alle bietet, müssen breiter vermittelt werden. Gerade auch in ländlichen Regionen mit wenig jugendgerechter Infrastruktur darf man Rechtsextremen mit ihren Angeboten nicht das Feld überlassen. Präventive und zielgerichtete Angebote in der Schule oder der Jugendarbeit sind für junge Menschen besonders wichtig. Demokratiebildung fängt früh an. Kitas und Schulen müssen Orte der Vielfalt sein, an denen Rassismus keinen Platz hat. Fachkräfte müssen darin unterstützt werden, Kinder und Jugendliche zu befähigen, Verständnis für die gemeinsamen Grundwerte und kulturelle Vielfalt zu entwickeln, Menschenwürde zu achten, jede Form von Radikalisierung zu be-



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Seite 5



kämpfen und religiöse Unterschiede zu respektieren. Für Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher und andere Fachkräfte müssen die Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und der geeignete Umgang damit Teil der pädagogischen Ausbildung sein. Auch im Sport, bei der Feuerwehr oder bei Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit, wo Rechtsextreme mitunter versuchen, gezielt Vereine zu unterwandern, brauchen Haupt- und Ehrenamtliche Schulungen und Unterstützungsangebote, um rechte Ideologie zu erkennen und ihr den Raum zu verweigern. Werte, wie Toleranz, Offenheit, Geschlechtergerechtigkeit und Gewaltfreiheit, müssen ins Zentrum – von der Kita bis zur Erwachsenenbildung, in Vereinen, Verbänden, Sport und Religionsgemeinschaften.

### **Die Kinderkommission empfiehlt:**

#### **für den Bereich Bildung:**

- jede Schule zu einem Ort zu machen, der die Grundlagen für das Zusammenleben in unserer pluralistischen Gesellschaft erprobt. Hierzu gehört es, Vielfalt als Wert zu erfahren und anzuerkennen und den Austausch über das Zusammenleben in der Gesellschaft, im Schulalltag wie auch im gesamten Fachunterricht zu fördern. Hierzu gehört die Auseinandersetzung mit Themen wie Identität, Heimat, Zugehörigkeit, Geschlechterrollen, Gleichberechtigung von Frau und Mann, Gerechtigkeit, Rassismus, Grund- und Menschenrechte oder auch Religion. Es gehört auch zum Bildungsauftrag von Schule, allen Kindern das Wissen über die verschiedenen Religionen und Weltanschauungen zu vermitteln. Programme zur Streitschlichtung und Gewaltprävention sollten gefördert werden;
- LehrerInnen, ErzieherInnen und andere Fachkräfte brauchen Unterstützung, um kompetent mit sich radikalisierenden jungen Menschen umzugehen und Warnhinweise frühzeitig zu erkennen. Auch für Fachkräfte frühkindlicher Pädagogik ist es wichtig, menschenverachtende Einstellungen und Erscheinungsformen wahrzunehmen und zu kennen. Dies müssen die pädagogischen Aus-, Fort- und Weiterbildungen aufgreifen und dahingehend sensibilisieren, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erkannt wird und Fachkräfte in der Auseinandersetzung damit gestärkt werden. Sie sollen Kinder und Jugendliche befähigen können, Verständnis für die gemeinsamen Grundwerte und kulturelle Vielfalt zu entwickeln, die Menschenwürde zu achten, jeder Form von Radikalisierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzutreten sowie religiöse Unterschiede ebenso wie Nicht-Religiosität zu respektieren. Auch im Umgang mit



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Seite 6



Eltern, die solche Einstellungen und Verhaltensweisen vertreten, müssen Fachkräfte geschult werden. Daneben sind Unterstützungsstrukturen mit geschützten Räume wie kollegialer Fallberatung oder Supervision für ihre Arbeit hilfreich;

### **für den Bereich Medienkompetenz und politische Bildung:**

- die Medienkompetenz junger Menschen im Hinblick auf Propaganda und Ideologien zu stärken. Die enorme Zunahme rechtsextremer und radikal-islamistischer Internetangebote stellt gerade junge Menschen, die auf eigene Faust nach Orientierung suchen, vor neue Herausforderungen. Sie müssen in die Lage versetzt werden, Propaganda in Foren und sozialen Netzwerken als gezielte Manipulationsstrategie zu durchschauen und sich kritisch mit radikalen Inhalten auseinanderzusetzen. Sie müssen lernen, tendenziöse und einseitige Inhalte als solche zu erkennen und sich im Extremfall gezielten persönlichen Anwerbungsversuchen zu entziehen. LehrerInnen, Eltern oder andere Betreuungspersonen kennen häufig die Internetwelten, innerhalb derer der Dschihad oder der Nationalsozialismus glorifiziert, sich miteinander verabredet und bisweilen gezielt zu Gewalt aufgerufen wird, gar nicht oder zumindest nicht aus eigener Anschauung. Die Aufklärung von Eltern und Multiplikatoren muss daher verbessert werden;
- politische Bildung über die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung sowie von den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Trägern sichtbar zu machen und Angebote interkulturell zu öffnen. Hierfür muss die Kooperation mit Schulen und Jugendhilfeträgern ausgebaut werden und die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Träger verstetigt werden;

### **für den Bereich Jugendarbeit und psychologische Beratungsangebote:**

- demokratische Erlebniswelten zu stärken, denn diese sind immer Formen von Rechtsextremismusprävention und Rechtsextremismusabwehr. Es braucht Demokratie-Erlebnisse statt der Rechtsextremismus-Erlebniswelt. Darum sind grundsätzlich – egal ob in der Stadt oder auf dem Land – Teilhabe- und Partizipationsmöglichkeiten von jungen Menschen zu stärken. Mit einer kompetenten sozialraumorientierten und aufsuchenden Jugendarbeit sollten alle Jugendlichen erreicht werden. Es ist enorm wichtig, Radikalisierte aus ihrer Peergroup herauszuholen und andere Gruppenerfahrungen zu ermöglichen. Mit kreativen Präventionsprojekten können Selbstwirksam-



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Seite 7



- keitserfahrungen gesammelt, politische Bildung vermittelt und die Auseinandersetzung mit Radikalisierung, Rassismus, Religion und Kultur in der Gesellschaft angeregt werden. Dafür braucht es breite Fortbildungs- und Sensibilisierungsangebote für Fachkräfte in der Jugendhilfe;
- die Beratungsarbeit mit „Brückenpersonen“ zu stärken. Der Familienberatung kommt eine große Bedeutung zu. In der Familie werden Radikalisierungsanzeichen meist als erstes bemerkt, deshalb ist es besonders wichtig, die Familie und das soziale Umfeld als Gegenpol zur radikalisierenden Dynamik zu unterstützen. Fachkräfte müssen sich beim Jugendamt Hilfe holen dürfen, ohne dass sofort eine Kindeswohlgefährdung im Raum steht. Sie müssen sich nach § 8 SGB VIII beraten lassen können, wie man mit radikalisierten Familien umgeht und arbeitet;
  - die neue Psychotherapierichtlinie zu nutzen: Psychotherapeuten dürfen inzwischen Akutbehandlungen durchführen, in die niedrigschwellig Familienangehörige mit hineingenommen werden können. Es dürfen nicht nur die Familienangehörigen, sondern auch soziale Bezugspersonen, wie LehrerInnen und SozialpädagogenInnen, in die Therapien von Jugendlichen einbezogen werden, wenn das von den Jugendlichen mitgetragen wird.

Die Kinderkommission geht davon aus, dass viele der beschriebenen Maßnahmen wirksam gegen die Radikalisierung aller Phänomenbereiche sind.

Die Kinderkommission dankt folgenden Sachverständigen für ihren Input und ihre Expertise:

**Claudia Dantschke**

(Leiterin der Beratungsstelle für Eltern und Lehrer „Hayat“)

**Michaela Glaser**

(Deutsches Jugendinstitut e. V., Projektleitung Arbeits- & Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention)

**Felix Benneckenstein**

(Aussteigerhilfe Bayern e.V. Exit-Deutschland)

**Dr. Thomas Pfeiffer**

(Ministerium für Inneres und Kommunales NRW – Abteilung Verfassungsschutz – Referat Prävention, Aussteigerprogramme)



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Seite 8



**Eva Prausner**

(Projekt ElternStärken – Beratung, Vernetzung, Fortbildung zum Thema Familie & Rechtsextremismus)

**Thomas Mücke**

(Violence Prevention Network e. V.)

**Kerstin Sischka**

(Diagnostisch-Therapeutisches Netzwerk Extremismus – DNE)

Beate Walter-Rosenheimer, MdB



## **Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)**

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

### **3.      Schwerpunktthema „Queer, na und!? – LSBT\*I-Jugendliche in Deutschland“**

#### 3.1.    Queer, na und!?

Zu dem öffentlichen Fachgespräch am **17. Mai 2017** wurde die folgende Pressemitteilung herausgegeben:



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

### Pressemitteilung

Am internationalen Tag gegen Homophobie, Transphobie und Biphobie startet die Kinderkommission mit dem neuen Themenschwerpunkt „Queer, na und!? – LSBT\*I-Jugendliche in Deutschland“.

Berlin, 10. Mai 2017

**Herausgeber:**

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,  
PuK 1

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-37171  
Fax: +49 30 227-36192  
pressereferat@bundestag.de

**Zeit:** Mittwoch, 17. Mai 2017, 16.00 bis 17.30 Uhr

**Ort:** Paul-Löbe-Haus, Saal 2.200

Am 17.05. ist Internationaler Tag gegen Homophobie, Transphobie und Biphobie (IDAHOT). Dieser Tag hat auch 2017 nichts von seiner Bedeutung eingebüßt. Zwar ist unsere demokratische Gesellschaft bunt, offen und überwiegend tolerant, die „Ehe für alle“ hat in der Bevölkerung großen Rückhalt und Menschen, egal welcher sexuellen Identität, können in unserem Land frei leben wie nie zuvor. Dennoch zeigt die aktuelle Studie des Deutschen Jugendinstituts, dass 82 Prozent der befragten homo- oder bisexuellen Jugendlichen und 96 Prozent der Trans\*Jugendlichen Diskriminierung erlebt haben.

Um Jugendliche zu unterstützen, die queer leben, lesbisch, schwul, trans\* oder intergeschlechtlich sind, wird sich die Kinderkommission in vier Sitzungen mit der Situation dieser Jugendlichen beschäftigen. Denn eines muss klar sein: In unserer Gesellschaft gilt gleiches Recht für alle Heranwachsenden. Jede/r Jugendliche soll ohne Angst und Repressalien die eigene geschlechtliche Identität entwickeln können.

Zum Thema „**Queer, na und!?**“ sind zum ersten öffentlichen Expertengespräch am **17. Mai 2017** folgende Sachverständige eingeladen:

- **Kerstin Oldemeier**, Deutsches Jugendinstitut München
- **Thomas Kugler**, Bildungsinitiative QUEERFORMAT, Bildungseinrichtung KomBi-Kommunikation und Bildung Berlin
- **Lisa Müller**, In&Out Jugendberatung  
c/o Jugendnetzwerk Lambda Berlin-Brandenburg e.V.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Auf der Homepage des Deutschen Bundestages erschien der folgende Artikel:

### **Mehr Sichtbarkeit und Wahrnehmung für queere Themen.**

Die Kinderkommission befasst sich mit queeren Jugendlichen.

„Ziel muss immer sein, Inklusion zu gewährleisten“, sagte **Thomas Kugler**, Sozialpädagoge und Mitarbeiter der Bildungsinitiative QUEERFORMAT im öffentlichen Expertengespräch der Kinderkommission des Deutschen Bundestages (Kiko). Jugendliche, die mit ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Genderidentität von heterosexuellen Normen der Gesellschaft abweichen, sehen sich oft Unverständnis und Diskriminierung ausgesetzt.

Am Mittwoch, 17. Mai 2017, dem Internationalen Tag gegen Homophobie, Transphobie und Biphobie (IDAHOT), beschäftigte sich die Kiko unter der Leitung von Beate Walter-Rosenheimer (Bündnis 90/ Die Grünen) daher mit dem Thema „Queer, na und?“

Um Jugendliche zu unterstützen, die queer leben, lesbisch, schwul, trans\* oder intergeschlechtlich sind, befasst sich die Kinderkommission in vier Sitzungen mit der Situation dieser Jugendlichen. Bei den nächsten Expertengesprächen geht es am 31. Mai um intergeschlechtliche Jugendliche, am 21. Juni um die besondere Situation queerer Mädchen und am 28. Juni um Trans\*Jugendliche.

### **„Diskriminierung hat eine hohe Relevanz für Jugendliche“**

„Diskriminierungserfahrungen finden oft im Alltagsbereich statt, dort wo man sich ihnen nicht entziehen kann“, berichtet **Kerstin Oldemeier** vom Deutschen Jugendinstitut. Eine aktuelle Studie des Institutes zeigt, dass 82 Prozent der befragten homo- oder bisexuellen Jugendlichen und 96 Prozent der Trans\*Jugendlichen Diskriminierung erlebt haben.

Der Weg, sich über die eigenen Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung bewusst zu werden, das sogenannte innere Coming-Out, sei häufig ein belastender Prozess. Die Jugendlichen versuchten oft, ihre Entwicklung zu unterdrücken. Hinzu komme die Angst vor Ablehnung im privaten und öffentlichen Raum. „Die Diskriminierung hat eine hohe Relevanz für die Jugendlichen“, sagte die Expertin, „die erlebte, wie auch die gefürchtete.“

### **Queeren Themen mehr Raum geben**

Dies bestätigt auch Thomas Kugler. Queere Jugendliche seien besonders verletzlich, da sie ständig unter dem Druck gesellschaftlicher Erwartungen und Normen stehen würden. Solchen Sozialerfahrungen könne man sich im Alltag nur schwer entziehen, da sie meistens in der Schule oder im familiären Umfeld stattfinden. „Schon Kleinigkeiten können die Entwicklung von Jugendlichen behindern“, sagte auch **Lisa Müller**, Mitarbeiterin der In&Out Jugendberatung des Jugendnetzwerks Lambda Berlin-Brandenburg. Das Projekt bietet Telefon oder Online-Beratung für Jugendliche, vor allem zum Thema Geschlechteridentität.

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (JKHG) im achten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB VIII) garantiert für alle Jugendlichen ein Recht auf Persönlichkeitsentwicklung, Selbstbestimmung und positive Lebenserfahrungen. „In der Praxis ist das heute für lesbische, schwule, bisexuelle und trans\* Jugendliche noch nicht vollzogen“, resümiert Thomas Kugler. Begrifflichkeiten wie Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung zu differenzieren und queeren Themen im politischen und öffentlichen Bereich mehr Raum zu geben, ist nach Ansicht der Experten ein erster, nötiger Schritt.

Neben der Fortbildung von Fachkräften sei es zudem wichtig, Projekte zur Beratung der Jugendlichen untereinander zu fördern. Bekennende Vorbilder wie Lehrer oder andere Persönlichkeiten könnten den Jugendlichen zudem eine Orientierungshilfe sein. Doch auch politisch sehen





## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

die Experten Handlungsbedarf: So könnte zum Beispiel die Gleichstellung der Ehe oder eine Reform des Transsexuellengesetzes eine neue Öffentlichkeit schaffen. „Es wirkt sich auch auf die Jugendlichen aus, wenn diese Themen an Öffentlichkeit gewinnen“, sagte Thomas Kugler. (lau/18.05.2017)

Das Wortprotokoll kann unter <http://www.bundestag.de/blob/515042/5602cc649f54fa6e791b5c00316db5a0/wortprotokoll-data.pdf> abgerufen werden.

### 3.2. Intersexuelle Kinder und Jugendliche

Am **31. Mai 2017** informierte sich die Kinderkommission über Kinder mit Variationen der Geschlechtsmerkmale bei den folgenden Expertinnen: **Dr. Petra Follmar-Otto**, Deutsches Institut für Menschenrechte, **Maja Liebig**, Amnesty International – Sektion Deutschland e. V., **Ev Blaine**, Systemische\_r Berater\_in, Peer Berater\_in für Inter\* und ihre Angehörigen, Inter\* und Trans\*Beratung – QUEER LEBEN, **Lucie Veith**, Bundesverband intersexueller Menschen e. V.

Auf der Homepage des Deutschen Bundestages erschien hierzu folgender Artikel:

#### **Experten: Intersexuelle Kinder noch nicht umfassend geschützt**

„Intersexuelle Kinder erleben bis zum heutigen Tag keinen staatlichen Schutz.“ Operationen zur Anpassung der Geschlechtsmerkmale ebenso wie das Fehlen einer umsetzbaren Regelung im Personenstandsrecht waren grundlegende Kritikpunkte des öffentlichen Expertengesprächs in der Kinderkommission (Kiko) des Deutschen Bundestages am Mittwoch, 31. Mai 2017. Die Sitzung unter der Leitung von Beate Walter-Rosenheimer (Bündnis 90/ Die Grünen) war das zweite von vier Fachgesprächen zu Themen von queeren, lesbischen, schwulen, trans\* und intergeschlechtlichen Jugendlichen. Im Fokus der aktuellen Expertenrunden standen Kinder und Jugendliche, die genetisch, anatomisch oder hormonell nicht eindeutig einem Geschlecht zuzuordnen sind. Sie werden als intergeschlechtlich oder intersexuell bezeichnet.

#### **Großer Teil der Gesellschaft**

Nach Schätzungen leben bis zu 1,7 Prozent der deutschen Bevölkerung als sogenannte Inter-Erwachsene oder -Jugendliche. Entgegen häufiger Darstellungen entspräche das einem großen Teil der Gesellschaft, sagte **Maja Liebig** von Amnesty International Deutschland.

Ein aktueller Bericht der Menschenrechtsorganisation zeigt, dass immer noch zahlreiche Kinder, die ohne ein binäres Geschlechtsmerkmal, also männlich oder weiblich, geboren werden, irreversiblen Operationen oder Hormontherapien unterzogen werden. Zwar gebe es in Deutschland Leitlinien, die sich auch an Forderungen der Europäischen Union und der Vereinten Nationen orientierten, diese würden aber nicht umgesetzt, so die Expertin.

#### **„Geschlechtereintrag für alle Kinder verschieben“**

Dem stimmte auch **Dr. Petra Follmar-Otto**, Leiterin der Abteilung Menschenrechte Inland/Europa des Deutschen Institutes für Menschenrechte zu. Neben dem Schutz vor aufschiebbaren Eingriffen forderte sie ebenso wie ihre Kolleginnen eine Reform des Personenstandsrechts (PSTG). Zwar regelt nach § 22 Absatz 3 PSTG seit 2013, dass wenn das Kind weder dem weiblich-



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

chen noch dem männlichen Geschlecht zugeordnet werden kann, „so ist der Personenstandsfall ohne eine solche Angabe in das Geburtsregister einzutragen“. Diese Änderung sei ein erster wichtiger Schritt, der oftmals jedoch nicht umgesetzt werde, so Follmar-Otto. „Statt eines Standardeintrages sollte man überlegen, den Geschlechtereintrag für alle Kinder zu verschieben.“ Darüber hinaus drang die Expertin ebenso wie ihre Kolleginnen auf die Einführung eines Verbots für Operationen an Inter-Kindern und -Jugendlichen. Studien zeigten, dass die Zahl von geschlechtsverändernden Eingriffen, in die die Kinder nicht einwilligen konnten, in den letzten Jahren gleichgeblieben sei. Darüber hinaus forderte sie einen Entschädigungsfonds für Betroffene, die in ihrer Jugend ungewollt einer Operation unterzogen wurden und unter den Folgen leiden.

### Intervention gegen Genitaloperationen

„Einerseits herrscht eine große gesellschaftliche Offenheit für geschlechtliche Themen, aber andererseits ist das Thema Intersexualität kaum bekannt“, berichtet **Ev Blaine** von der Inter- und Transberatung Queer Leben. Das binäre Denken von männlich und weiblich in der Gesellschaft müsse durch Sprachvariationen und Rollenvorbilder von geouteten Intersexuellen verbessert werden. Auch „Fortbildungen für Fachpersonal und die Unterstützung von Eltern“ sei notwendig. „Entscheidungen, die stellvertretend für intersexuelle Kinder getroffen werden, haben Einfluss auf ihr ganzes Leben.“

Immer noch würden zahlreiche Kinder durch ungewollte Genitaloperationen physisch und psychisch beeinträchtigt, resümierte auch **Lucie Veith** vom Bundesverband intersexueller Menschen e.V. Im Sinne der UN-Menschenrechtskonvention und einer Entschließung des Europäischen Parlaments gegen Genitalverstümmelung bei intersexuellen Menschen forderte sie eine rasche Intervention der Politik. (lau/01.06.2017)

Das Wortprotokoll kann unter <http://www.bundestag.de/blob/516786/bea49cd242a8899b5bbddbdf8a6eae/prot-data.pdf> abgerufen werden.

### 3.3. Trans\*Jugendliche

Am **28. Juni 2017** befasste sich die Kinderkommission zusammen mit **Karoline Haufe** vom Trans-Kinder-Netz e. V. und **Stephan Maria Pröpper** von gleich & gleich e. V. mit der besonderen Problematik der Trans\*Jugendlichen.

Hierzu wurde auf der Homepage des Deutschen Bundestages wie folgt berichtet:

„Viele Menschen haben Angst, etwas falsch zu machen im Umgang mit Trans\*Menschen“, sagte **Karoline Haufe** vom **Verein Trans-Kinder-Netz** im Fachgespräch der **Kinderkommission des Deutschen Bundestages** am **Mittwoch, 28. Juni 2017**. In der Sitzung unter der Leitung von **Beate Walter-Rosenheimer (Bündnis 90/Die Grünen)** zum Thema **Trans\*Jugendliche** forderten die Experten Fortbildungs- und Aufklärungsmaßnahmen zum Thema Trans\* in der Gesellschaft. Darüber hinaus wiesen sie auf die immer noch große Diskriminierung von Trans\*Kindern und Jugendlichen hin. Die Sitzung war das dritte Fachgespräch eines Themenschwerpunktes zu den Belangen von queeren, lesbischen, schwulen, trans\* und intergeschlechtlichen Jugendlichen.

**Individuelle Transition**



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Transgender, transsexuell oder kurz trans\* umschreibt ein Identitätskonzept, bei dem das selbst erlebte Geschlecht im Widerspruch zu dem bei der Geburt zugeschriebenen steht. Dabei geht es jedoch nicht um sexuelle Orientierung, sondern um geschlechtliche Identität.

„Die Transition von Kindern und Jugendlichen zum empfundenen Geschlecht verläuft dabei über unterschiedliche individuelle Stadien“, erklärte Karoline Haufe: „von einer sozialen Veränderung mit dem Wechsel der Geschlechterrolle und der Kleidung über eine mögliche medizinische Veränderung mit der Gabe von Hormonen bis hin zur Änderung des Personenstandes“.

### „Selbstzuschreibung von Kindern ernst nehmen“

„Das psychische Wohlbefinden von Kindern ist besser, wenn die empfundene Identität im Alltag gelebt werden kann“, sagte Haufe. Dabei müsse man die Selbstzuschreibung zu ihrem Geschlecht in jedem Alter ernst nehmen. Besonders in der Pubertät stünden Trans\*Kinder jedoch unter einem großen Leidensdruck. Dies bestätigte auch **Stephan Maria Bröpper**

per vom **Verein gleich & gleich**: „Die Zahl der Suizide ist bei Trans\* Kinder deutlich höher als bei anderen Jugendlichen.“ Jede alltägliche Situation halte eine hohe Schwelle bereit: In welche Toilette oder Umkleidekabine gehe ich? Wie erkläre ich den Unterschied zwischen meinem Äußeren und dem Namen auf meinem Personaldokument?

Im Alltag seien Trans\*Kinder und Jugendliche dabei sehr stark vom Verhalten ihres Umfeldes abhängig – zum Beispiel bei der Verwendung eines neuen Namens. Aufklärung und Fortbildung für Familien, Lehrpersonal, aber auch Mediziner sei daher unbedingt vonnöten, so die Experten.

### Änderung von Dokumenten erleichtern

„Viele Transkinder und Familien erfahren Diskriminierung“, sagte Karoline Haufe. Dazu gehörten physische und körperliche Angriffe ebenso wie fehlende Fachlichkeit von Lehrpersonal. Gerade im schulischen Kontext stellten sich viele Herausforderungen. Oftmals komme es zum Fremddouting oder Mobbing. Auch die Änderung von Namen auf Dokumenten sei schwierig.

„Amtliche Dokumente müssen on- und offline überprüft werden“, sagte auch Stephan Maria Bröpper. Oft müsse man auf Formularen ein definitives Geschlecht auswählen, um einen Vorgang abschließen zu können. Auch Schulen und Behörden müssten darin geschult werden, wie Unterlagen einfacher angepasst werden können.

### „UN-Kinderrechtskonvention umsetzen“

„Wir müssen uns mit den Emotionen und dem Leidensdruck von Trans\*Kindern und Jugendlichen auseinandersetzen“, so Bröpper. Viele Menschen seien unsicher im Umgang mit dem Thema und würden schließlich lieber nichts sagen, anstatt etwas falsch zu machen. Neben Fortbildungen und der politischen Umsetzung von Rechten für Trans\*Kinder durch die UN-Kinderrechtskonvention bedürfe es daher vor allem eines gesellschaftlichen Dialogs, so die Experten. (lau/29.06.2017)

Das Wortprotokoll kann unter <http://www.bundestag.de/blob/529206/cc484fab9da2c2ed541e049cab5ae4f9/prot-data.pdf> abgerufen werden.

### 3.4. Stellungnahme

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses lag noch keine konsentiertere Stellungnahme vor. Diese ist im Falle der nachträglichen Vorlage im Internet auf der Homepage der Kinderkommission abrufbar.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

### III. Behandlung weiterer Themen

#### 1. Projekt „MoneyTalk“ – Öffentliches Gespräch am 8. März 2017

Am **8. März 2017** berichtete **Sabine Prell** von der Diakonie Hochfranken über das Projekt „MoneyTalk“, das die Verschuldung von Jugendlichen verhindern soll.

Hierzu erschien auf der Homepage des Deutschen Bundestages der folgende Artikel:

#### „Money Talk“: Damit Kinder lernen, mit Taschengeld umzugehen

Der Umgang mit Finanzen war Thema in der Kinderkommission des Bundestages.

Finanzielle Probleme in Privathaushalten nehmen nach Aussage von **Sabine Prell** immer mehr zu. Im Gespräch mit Schülern der neunten Klasse des Hans-Corassa-Gymnasiums Berlin-Spandau und den Abgeordneten der Kinderkommission des Bundestages unter Leitung von Beate Walter-Rosenheimer (Bündnis 90/ Die Grünen) stellte die Expertin und Schuldnerberaterin am Mittwoch, 8. März 2017, das Projekt „Money Talk“ der Diakonie Hochfranken (Bayern) vor. Das dreijährige Projekt soll Verschuldung bei Jugendlichen verhindern und Eltern sowie Pädagogen in der Finanzerziehung der Kinder unterstützen.

##### Problem Online-Shopping

„In Deutschland herrschen andere Bedingungen als noch vor 20 Jahren“, sagte Prell. Der Wunsch nach bestimmten Dingen und der wirkliche Bedarf von Jugendlichen würden immer weiter auseinanderklaffen. Zudem mache das Internet und besonders Online-Shopping alles rund um die Uhr verfügbar. Gespräche über Geld und Finanzen sind nach Angaben der Expertin in vielen Familien außerdem häufig ein Tabu-Thema.

„Seit Jahren kommen immer mehr junge Menschen zu mir und sagen: Ich muss in ein Insolvenzverfahren“, berichtete Prell. Vorwiegende Gründe für Schulden bei Jugendlichen sind demnach vor allem Handyverträge und Online-Shopping, das häufig ohne Kontrolle der Eltern genutzt wird.

##### „Erziehung ist komplexer als vor 20 Jahren“

Neben der Schulung von Jugendlichen in Einzel- oder Gruppengesprächen zu Themen wie Handyverträge oder der Finanzierung einer eigenen Wohnung gehe es besonders darum, auch Eltern und Pädagogen zu unterstützen. „Die Erziehungsaufgabe ist heute komplexer als vor 20 Jahren.“

Das Projekt „Money Talk“ bietet daher Einzelberatungen, aber auch Veranstaltungen zu den Themen Geld und Finanzen in Kirchengemeinden, Kindergärten und anderen Einrichtungen an.

##### Realistische Aufgaben im Mathematikunterricht

Handlungsbedarf sieht Prell auch in der Schule. So müsse es zum Beispiel im Mathematikunterricht realistischere Textaufgaben geben, die sich an aktuellen Preisen orientieren. Daneben müssten aber auch die Eltern den Umgang ihrer Kinder mit Geld fördern. Von Girokonten für Kinder und Jugendliche und nur sporadischem Taschengeld rät die Expertin jedoch ab.

„Das Geld sollte regelmäßig und in bar an die jungen Menschen übergeben werden. So lernt man, dass das Geld nicht einfach aus dem Automaten kommt.“ Zur Verwaltung der eigenen Finanzen gebe es zudem Apps, mit denen man Aus- und Einnahmen kontrollieren könne. (lau/09.03.2017)

Das Wortprotokoll kann unter <http://www.bundestag.de/blob/510208/8c98ee52b71616fcbb20caa20e4a0a4d/wortprotokoll-data.pdf> abgerufen werden.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

### 2. Gespräch mit dem Netzwerk für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen am 29. März 2017

In der Sitzung am 29. März 2017 stellten **Margit Golfels** und **Dr. Annette Mund** das Kindernetzwerk e. V. vor. Es sei der Dachverband für 220 Mitgliedsorganisationen mit circa 200.000 Mitgliedern der Familienselbsthilfe in Deutschland von ADHS Deutschland über die Deutsche Epilepsievereinigung bis zu Verbänden für sehr seltene Krankheiten. Im Online-Angebot würden über 2.300 Erkrankungen, Behinderungs- und Problembereiche dargestellt und über die vernetzten Adressen könne man spezialisierte Behandler sowie andere Eltern in der gleichen Problemlage ansprechen. Es gebe patientenorientierte Krankheitsbeschreibungen und Beratung. Dem medizinischen Beraterkreis gehörten Pädiater aller Richtungen an, in ganz besonderen Fällen könnten diese persönlich unter die Arme greifen. Es gebe Informationsangebote, eine Zeitschrift in großer Auflage und diverse Handreichungen, beispielsweise zu Kinderarzneimittel.

„Besondere“ Kinder sei ein relativ neues Thema. Früher seien diese Kinder häufig versteckt worden, es habe sich vieles positiv verändert, da chronisch kranke Kinder heute auch erwachsen werden könnten. Insbesondere durch die mittlerweile flächendeckend aufgebaute Frühförderung sei vieles besser geworden. Außerdem habe die Medizin große Fortschritte gemacht und könne immer mehr Erkrankungen konkret benennen. Allein die Tatsache, die Ursache zu kennen, mache für die Eltern einen großen Unterschied und in vielen Bereichen gebe es auch Ansätze für eine Heilung. Als Dachverband sei ihnen die Bündelung von „parent power“ wichtig, denn aufgrund der demografischen Entwicklung seien viele Probleme quantitativ drängender als die Probleme von kranken und behinderten Kindern. Außerdem seien viele Probleme derart speziell, dass es Mitgliedsorganisationen zum Teil schwer falle, ihre Probleme politisch zu adressieren. Als Dachverband sehe man verstärkt die Aufgabe darin, politische Kontakte zu intensivieren, die Mitgliedsorganisationen zu den Fachverbänden und anderen Selbsthilfeverbänden zu vernetzen sowie konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der Mitglieder auf den Weg zu bringen. Die vielen kleineren Verbände hätten in Bereichen wie Öffentlichkeitsarbeit, Betriebswirtschaft usw. Unterstützungsbedarf. Man habe auch konkrete Angebote für die betroffenen Jugendlichen und die restliche Familie, denn wenn ein Familienmitglied in seiner Lebensführung beeinträchtigt sei, dann beeinträchtige das die gesamte Familie. Die politische Interessensvertretung solle mitgliederorientiert erfolgen. Zu diesem Zwecke gebe es Studien des Kindernetzwerkes, die letzte sei von der AOK gefördert worden, mit der die Situation von Familien mit besonderem Bedarf erhoben worden sei. In manchen Bereichen seien Verbesserungen festgestellt worden, aber an vielen Problemen wie beispielsweise der starken finanziellen Belastung von Familien mit besonderen Kindern sowie der starken emotionalen und sozialen Belastung habe sich nichts geändert. Die betroffenen Eltern hätten immer noch Probleme, die für sie relevanten Informationen zu finden. Es gebe viele Angebote, aber eine schlechte Vernetzung, die der Dachverband versuche herzustellen. Im Gespräch und durch Umfragen in den Mitgliedsorganisationen ermittle er die Themen.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Aus der genannten Erhebung ergebe sich, dass die Transition sehr schwierig sei. Die Eltern von Kindern, die auch im Erwachsenenalter besonderer Versorgung bedürften, seien sehr in Sorge, dass nicht gesehen werde, was noch alles zu tun sei. Es gebe zu wenige spezialisierte Kinderpflegedienste. Für die Eltern sei es nicht möglich, ein eigenes Leben zu leben, weil sich alles um die Pflege drehe und es extrem schwierig sei, Kurzzeitpflegeplätze zu bekommen. Das sei sehr wichtig, denn wenn die Familie nicht funktioniere, dann gehe es auch dem Kind schlecht. Das Problem des Arbeitsmarktes verbinde diese beiden Problemfelder. Es würden immer weniger gering qualifizierte Arbeiten nachgefragt, so dass alle Betroffenen das Problem hätten, auf Dauer arbeiten zu können. Es sei beabsichtigt, die Werkstätten aufzulösen und sehr viel Inklusionsarbeit zu leisten, und dabei gingen zahlreiche Möglichkeiten verloren. Der Dachverband setze sich für eine Gesellschaft ein, in der jeder seinen Platz habe. So verstehe man auch Inklusion – man sei gegen eine Inklusion, nach der jeder überall dabei sein müsse, beispielsweise in der Schule. Der Dachverband und viele Eltern wollten das nicht.

Bei den seltenen Krankheiten könne mit Untersuchungen immer häufiger die Krankheit festgestellt werden. Es gebe aber die Tendenz, die Untersuchung nur zu finanzieren, wenn eine Therapiemöglichkeit bestehe. Das sei aber für die Eltern keine Option, da sie die Krankheit kennen wollten; wolle man ein zweites Kind, müsse man Gewissheit haben. Die Untersuchung nur bei einer manifesten Therapie zu finanzieren, stelle aus ihrer Sicht ein Verstoß gegen das Kinder- und Elternrecht dar. Bei den seltenen Erkrankungen sei auf europäischer Ebene zu schauen, in welchem Land wozu geforscht werde. Es gebe enge Verbindungen der Verbände untereinander und zu anderen europäischen Organisationen.

Je nachdem, was man darunter fasse, seien die psychischen Erkrankungen die Sorgenkinder. Kinder mit äußeren Beeinträchtigungen seien leichter zu integrieren, Kinder mit ADHS oder Teilleistungsschwächen seien die Inklusionsverlierer. Die Mitgliedsverbände in diesem Bereich hätten viel zu tun, um auf rechtlicher Ebene vorwärts zu kommen. Insbesondere für diese Jugendlichen sei es schwierig, Arbeit zu finden. Ein Arbeitgeber sei eher in der Lage, einen Platz für eine Behinderung zu schaffen, als für einen Jugendlichen mit ADHS.

Diverse Organisationen kümmerten sich um Kinder psychisch kranker Eltern, die eine viel stärkere Unterstützung benötigten, als gemeinhin angenommen werde. Diese Kinder müssten in frühesten Jahren die Gesamtverantwortung für Familiensysteme übernehmen und seien damit total überfordert. Querschnittsangebote hätten das Ziel, dass sich die belasteten Familien untereinander austauschen und gegenseitig stützen können. Entscheidend sei, zu wissen, wo man externe Unterstützung bekommen könne, denn aufgrund des Stigmas psychischer Erkrankungen sei deren Inanspruchnahme besonders schwierig. Für diese Zielgruppe sehe man in der begleiteten Elternschaft einen wichtigen Ansatz, denn die Perspektive als Familiensystem hänge davon ab, wieviel Normalität gelebt werden könne. Nehme man die Kinder aus diesen Systemen heraus, werde es für sie nicht besser, sie benötigten die Stützung ihres Familiensystems.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Bei den Kinderarzneimitteln sei der Off-Label-Use nach wie vor gang und gäbe. Die Pädiater wüssten, dass sie damit zumindest mit einem Bein im Gefängnis stünden. Die Neuordnung des Gesetzes schreibe für jedes Medikament, das neu entwickelt und eventuell bei Kinderkrankheiten eingesetzt werden könne, Kinderstudien vor. Bei der Forschung nach neuen Medikamenten habe sich einiges getan. Verbessert habe sich die Darreichungsform. Früher habe man den Säuglingen kleingedrückte Medikamente gegeben, mittlerweile wisse man, dass man die Darreichungsart ändern und vielleicht ein flüssiges Medium schaffen müsse. Für innovative Medikamente bemühten sich mittlerweile die Hersteller um Kinderzulassungen, da sie damit ihre Patentlaufzeit verlängern könnten. Vom Effekt her sei es gut, wenn neue Medikamente auch für Kinder zugelassen würden, aber in erster Linie gehe es um den Umsatz. Viel wichtiger sei aber, Kinderzulassungen für bewährte Medikamente zu erhalten, da diese am häufigsten verschrieben würden. Für Medikamente mit Marktreife und einer Zulassung für Erwachsene, für die eine pädiatrische Zulassung erfolgen solle, gebe es PUMA-Studien. In den letzten Jahren habe es nur zwei PUMA-Zulassungen gegeben. Die Politik müsse Konzepte zur Forcierung entwickeln. In den Köpfen der Eltern gebe es das falsche Bild, dass ihre Kinder dadurch zu Versuchskaninchen würden; das sei zu verstehen, wenn man nicht wisse, um was es tatsächlich gehe. Fakt sei aber, dass die Kinder jetzt Versuchskaninchen seien, da die Ärzte Dosierungen überschlägig auf der Grundlage ihrer Erfahrungen festlegen würden. Da der Stoffwechsel bei Kindern jedoch anders als bei Erwachsenen sei, brauche man ein gesichertes Wissen für deren Behandlung.

Bei schwer erkrankten Kindern mit hohem Pflegeaufwand bestehe bei den Eltern das Interesse an einer spezialisierten Beschulung. Bei einer reinen Körperbehinderung, für die man Hilfsmittel habe, befürworteten die Eltern eher eine integrative Schule, weil es gut machbar sei. Da, wo die Versorgung nicht gewährleistet sei und die Pflege hohe Ansprüche stelle, seien die Eltern entsetzt, wenn sie zur Inklusion gezwungen würden. Sie machten die Erfahrung, dass den Kindern in einer „normalen“ Schule nicht so gut geholfen werde, weil Erfahrung und Expertise fehle. Viele Eltern beanstandeten, dass das Kind in der Inklusion leide, weil es dort nicht mit den anderen mithalten könne. Das sei ein soziales Thema und nicht schlechthin ein Inklusionsthema.

### 3. Flüchtlinge – Gespräch mit Vertreterinnen von encourage e. V. und terre des hommes am 29. März 2017

In der Sitzung am 29. März 2017 ging es erneut um die Flüchtlingsthematik. **Dr. Sabine Speiser** von encourage e. V. erklärte, dass sie im Namen von mehr als 40.000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Deutschland spreche. Minderjährige sollten auch an deutschen Grenzen unter Jugendschutz stehen. Im letzten Jahr seien mehr als 600 Minderjährige an deutschen Grenzen von der Bundespolizei abgelehnt und in unsichere Situationen zurück geschickt worden. Einige dieser Jugendlichen hätten auch die Chance gehabt, hier bleiben zu können. Sie hätten daher die Möglichkeit haben sollen, ihr Anlie-



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

gen vorzutragen. Das Abweisen der Minderjährigen an der Grenze entspreche nicht den Jugendschutzvorkehrungen und Gesetzen.

Das Recht auf Zusammenleben mit der Familie sei ein fundamentales Grundrecht, das mit dem Asylpaket II für alle geflüchteten Personen mit subsidiärem Schutz bis März 2018 ausgesetzt sei. Das gelte für alle, bei Minderjährigen verschärfe sich die Problematik dadurch, dass viele in der Zwischenzeit 18 Jahre alt würden und damit der Anspruch auf Familienzusammenführung mit den Eltern erlösche. Mit dem Asylpaket II habe sich zugleich die Praxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge geändert, ein großer Teil der Anträge werde nunmehr mit subsidiärem Schutz beschieden, ohne dass sich im Herkunftsland etwas geändert hätte. So hätten im Januar 2016 94 Prozent der syrischen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge Flüchtlingsstatus erhalten, im Dezember 2016 seien es nur noch 39 Prozent gewesen; 2016 habe sich die Situation in Syrien aber nicht verbessert. Das Deutsche Institut für Menschenrechte halte eine pauschale Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten angesichts der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes und der internationalen Abkommen zum Schutz der Familie für rechtlich unzulässig, jedenfalls wenn Kinder vom Nachzug betroffen seien. Denn es gehe einerseits um Kinder, die hier seien, andererseits um Kinder, die noch in den Kriegsgebieten seien. Seien Kinder vom Nachzug betroffen, sollten Anträge auf Familienzusammenführung beschleunigt bearbeitet und positiv beschieden werden. Laut einem Bundesverfassungsgerichtsurteil gehe man im Rahmen des Rechts auf Lebens- und Erziehungsgemeinschaft vom Bedürfnis der Kinder nach dieser Gemeinschaft aus, um heranwachsen zu können. Wenn diese Gemeinschaft zwischen einem Ausländer und seinem Kind aufgrund einer Krisen- und Kriegssituation nur in der Bundesrepublik Deutschland verwirklicht werden könne, träten regelmäßig einwanderungspolitische Belange hinter der Pflicht des Staates, die Familie zu schützen, zurück. Das passiere im Moment nicht. Bei der Verabschiedung des Asylpakets II habe man auf § 22 Aufenthaltsgesetz verwiesen, nach dem beim Außenministerium ein Antrag auf Anerkennung als Härtefall gestellt werden könne. Dr. Schauer vom Auswärtigen Amt habe in einer öffentlichen Expertenanhörung im Innenausschuss allerdings geäußert, dass er bei tausenden von subsidiär Schutzberechtigten nur 50 Anträge erhalten habe, von denen fünf in die nähere Auswahl kämen. Die Familien müssten extreme Gesundheitsprobleme haben, um einen Visumsantrag in der jeweiligen Botschaft stellen zu können.

Eine weitere Härte bei der Familienzusammenführung ergebe sich bei den minderjährigen Geschwistern. Der Jugendliche selbst habe keinen Rechtsanspruch auf Zusammenführung mit seinen minderjährigen Geschwistern, nur die Eltern hätten den Rechtsanspruch, diese mitzunehmen. Bislang hätten die Botschaften diese Visaanträge gemeinsam behandelt. Diese Praxis werde gerade aufgeweicht, d. h. man denke darüber nach, zunächst nur den Eltern den Nachzug zu ermöglichen. Damit bringe man die Eltern in eine schreckliche Auswahl-situation: Sollen sie ihr Kind in Deutschland oder ihre anderen minderjährigen Kinder im Krisen- und Kriegsgebiet alleine lassen? In der Expertenanhörung im Innenausschuss sei von verschiedenen Experten deutlich gemacht worden,





## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

wie positiv die Familienzusammenführung für die Integration sei und wie sehr die verzögerte Familienzusammenführung Kräfte binde, die für die Integration eingesetzt werden könnten. Ihr Wunsch sei, dass die Abgeordneten den Weg dafür freimachen, dass subsidiär Schutzberechtigte ihre Familien, insbesondere unbegleitete Minderjährige ihre Eltern und minderjährigen Geschwister, nachholen und die Anträge dafür vor März 2018 stellen können. Stellten sie jetzt den Antrag, bekämen sie bei der Botschaft in Beirut einen Termin in 14 Monaten. Dr. Schauer habe von Überlegungen berichtet, mit der Bearbeitung der Anträge ab Januar 2018 zu beginnen.

Derzeit sei davon auszugehen, dass die meisten Klagen nicht wegen des subsidiären Schutzes, sondern wegen der Familienzusammenführung eingereicht würden. Bei der Antragstellung nach § 22 Aufenthaltsgesetz sei man sich zwischen Bundes- und Landesebene zunächst nicht über das Verfahren einig gewesen, so habe man jeweils auf die andere Institution verwiesen. Nach der derzeitigen Entscheidungspraxis des Außenministeriums werde nur eine humanitäre Notlage anerkannt.

Frau Speiser bittet die Kinderkommission, sich für die Abschaffung der Frist, in der der Familiennachzug ausgesetzt ist, für den Ausbau der Visaabteilung in den Botschaften rund um Syrien sowie für eine Vorzugsbehandlung der ankommenden unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge stark zu machen. In ein, zwei Jahren seien sie volljährig und hätten keine Chance mehr auf Familienzusammenführung.

**Antje Ruhmann** von terre des hommes nahm Bezug auf den Bericht zur Kinderarbeit von Flüchtlingskindern des Syrienkonfliktes, der auf einer Analyse von Kindern in Syrien, den Nachbarstaaten und entlang der Balkanroute bis nach Deutschland basiere. Im Datenbestand gebe es immense Lücken, auch die ILO oder ähnliche Organisationen hätten hierzu nur wenige Daten. Entlang der gesamten Route seien in fünf Ländern Interviews sowie Gruppendiskussionen mit rund 100 Kindern durchgeführt worden.

In Syrien finde man nicht harmlose Kinderarbeit, sondern Menschenrechtsverbrechen. Die Lage sei dramatisch. Man habe es nicht nur mit Ausbeutungssituationen, sondern mit systematischer Folter zu tun. In die besonders brisanten Regionen komme man gar nicht herein. In den syrischen Nachbarstaaten gebe es seit 2014 ein Vielfaches an gefährlichen und ausbeuterischen Formen von Kinderarbeit. Über die Hälfte der befragten Kinder arbeiteten mindestens sieben Stunden täglich, ein Drittel an sieben Tagen in der Woche und die Jüngsten seien fünf bis sechs Jahre alt. Es gehe um sämtliche Formen von Arbeit, also vom Straßen- oder Bäckereiverkauf im Flüchtlingscamp bis hin zur Prostitution. Man habe Kindersoldaten oder Kinder kurz vor der Rekrutierung gefunden. Das habe ein sehr erschreckendes Ausmaß, sei aber bis dato kein Thema. Die Ursachen ergäben sich aus der unzureichenden Versorgung der Familien.

Zum Zeitpunkt der Befragung sei die Balkanroute noch offen und daher die Verweildauer der Flüchtlinge sehr kurz gewesen. Man habe ab und zu Kinder gefunden, die an der Straße Zigaretten verkauft oder sonstige kleinere Tätigkeiten übernommen hätten,



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

aber keine systematische Arbeit. Es sei jedoch zu befürchten, dass sich das inzwischen geändert habe, da die Balkanroute seit einiger Zeit dicht und damit die Verweildauer der Flüchtlinge höher sei. Müssten die Kinder an einem Ort bleiben, der ihnen keine Lebensperspektive biete, wachse der Druck auf sie, und in der Folge komme es zur verstärkten Kinderarbeit, denn häufig seien andere Überlebensstrategien ausgeschöpft: Die Familien hätten bereits alles verkauft und die Erwachsenen seien von morgens bis nachts erwerbstätig. Die humanitäre Hilfe sei immer noch unzureichend und das erhöhe das Risiko für Kinderarbeit.

Kinderarbeit gebe es auch in Deutschland. Allerdings sei dieser Bereich am allerwenigsten bekannt. Man könne das Phänomen nicht gänzlich verstehen und auch nicht das Ausmaß benennen, weil es keine Daten gebe. In Deutschland habe man eher Einzelfälle gefunden. So gingen einzelne Flüchtlingskinder z. B. in die Prostitution, weil sie die Schleuser bezahlen müssten, oder sie stiegen in den Drogenhandel ein oder würden Opfer organisierter Banden und in der Zwangsbettelei eingesetzt oder gingen von sich aus betteln, weil sie Familienangehörigen Geld schicken wollten. Es gebe auch hier viele Fälle von Kinderarbeit, aber keine systematische Statistik, keine weitergehenden Informationen und keine Anlaufstelle, so dass man nur Einzelfälle und Risikofaktoren identifizieren könne. Risikofaktor sei hier der fehlende Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung. Solange die Kinder nichts zu tun hätten, sei auch die Wahrscheinlichkeit und der Druck höher, arbeiten zu gehen. Die Aussetzung des Familiennachzugs führe auch zu der Entscheidung der Jugendlichen, zu arbeiten, um der Familie zu helfen, nach Deutschland oder in ein sicheres Umfeld zu gehen. Es gebe auch die sogenannten „verdeckt“ unbegleiteten Minderjährigen, die mit einer erwachsenen Person einreisten, die nicht nachweislich Familienangehöriger sei, das könne ein Schleuser oder der Kopf einer organisierten Gruppe sein. Es sei sehr schwer, diese Fälle aufzudecken, aber hier gebe es ein großes Risiko.

Die aktuell in der SGB VIII-Reform zur Diskussion stehenden Einschränkungen der Hilfen für junge Volljährige nach § 41 SGB VIII seien ein weiterer Risikofaktor. Die Kinder seien bis zum 18. Lebensjahr in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe relativ gut versorgt, sobald diese zusätzlichen Hilfen wegfielen, fingen viele zu arbeiten an. Sie befürworte eine Übergangsphase mit einer Frist bis zum 21. Lebensjahr.

Besonders belastend für die Jugendlichen sei die unklare Situation. Man müsse mehr Daten zur Situation in Deutschland bekommen. Außerdem brauche man sichere Fluchtwege sowie Schutzmechanismen auf EU-Ebene. Entscheidend sei der Zugang zur Arbeit für erwachsene Flüchtlinge, auch das könne Kinder davon abhalten, erwerbstätig zu werden. Man benötige unbedingt mehr Finanzmittel. Die deutsche Regierung tue schon viel, dennoch käme man damit in der Projektarbeit in Syrien, in den Nachbarstaaten und entlang der Balkanroute nicht aus. Mit mehr Finanzen könnten sie mehr Kinder erreichen. Wichtig sei auch, den Kindern zuzuhören. Die genannten Risikofaktoren stammten von den Kindern selbst, die die Gefährdungspotentiale am besten kannten. Die Beteiligung von Kindern an den Lösungen sei sehr wertvoll gewesen.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

### IV. Veranstaltungen unter Beteiligung der Kinderkommission

#### 1. Rote Hand Aktion am 15. Februar 2017

Wie jedes Jahr, so fand auch in der Vorsitzzeit von MdB Walter-Rosenheimer eine Aktion der Kinderkommission im Bundestag statt, in der Abgeordnete und Mitarbeiter/innen ihre roten Hände als Protest gegen Kindersoldaten abgeben konnten.



„Bildung statt Waffen“, „Kinder sollen spielen und nicht schießen“ – diese Aufforderungen stehen gut sichtbar unter roten Handabdrücken. Die Kinderkommission des Bundestages (Kiko) hatte Abgeordnete aller Fraktionen eingeladen, am Mittwoch, 15. Februar 2017, an der Aktion zum "Red Hand Day 2017 - ein Tag gegen Kindersoldaten" teilzunehmen und ihren roten Handabdruck als symbolische Geste abzugeben.

Die Aktion, die in diesem Jahr zum fünften Mal stattfindet, steht im Zusammenhang mit dem jährlichen Gedenktag am 12. Februar. Dieser soll darauf aufmerksam machen, dass weltweit immer noch 250.000 Kinder als Soldaten kämpfen.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

### **Rote Hände auf weißem Papier**

In diesem Jahr gaben unter anderem Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen) und die Parlamentarische Staatssekretärin Caren Marks (SPD) als Vertreterin von Bundesjugendministerin Manuela Schwesig (SPD) ihre Handabdrücke ab. Entgegengenommen wurden sie von über 30 Kindern aus der achten Klasse des Andreas-Gymnasiums in Berlin. Die Schüler beteiligten sich für das Hilfswerk „Kindernothilfe“ am Red Hand Day und bemalten die Hände der Politiker mit roter Farbe oder hingen die Handabdrücke auf eine Wäscheleine im Foyer des Paul-Löbe-Hauses.

Seit dem 12. Februar 2002 verbietet ein Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention, dass Kinder unter 18 Jahren als Kindersoldaten missbraucht werden. Im Zuge dessen setzt sich eine Reihe von nationalen und internationalen Organisationen gegen die Rekrutierung von Kindersoldaten ein. Weltweit sammeln Aktivisten und Verbände rote Handabdrücke zum Zeichen des Protestes.

### **„Wir dürfen nicht wegschauen“**

„Das Rot steht für das Blut an den Kinderhänden – für die, die zu Opfern und auch Tätern gemacht werden“, erklärte Caren Marks den jungen Teilnehmern. Der Tag sei wichtig, weil er eine Öffentlichkeit für das Problem herstelle. „Der Red Hand Day macht uns darauf aufmerksam, dass wir nicht wegschauen dürfen“, sagte die Parlamentarische Staatssekretärin.

Die Kinderkommission leitet die Handabdrücke von Abgeordneten, Mitarbeitern des Bundestages und auch Zusendungen aus Schulen oder von Verbänden an die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Kinder und bewaffnete Konflikte, Leila Zerrougui, weiter. In diesem Jahr wird zudem eine Delegation des Deutschen Bundestages einige der roten Abdrücke im Zuge des Internationalen Frauentages am 8. März persönlich in New York überreichen.

### **Zeichen setzen gegen Kindersoldaten**

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Beate Walter-Rosenheimer (Bündnis 90/Die Grünen), appellierte an die Bundesregierung, sich weiter für Kinderrechte einzusetzen. „Es ist traurig, dass wir einen Tag wie heute überhaupt noch feiern müssen“, sagte die Abgeordnete. „Als drittgrößter Waffenexporteur der Welt haben wir eine besondere Verantwortung.“ Wie viele ihrer Kollegen will sie ein Zeichen setzen gegen Kindersoldaten. (lau/15.02.2017)

## **V. Gesprächstermine der Kinderkommission außerhalb ihrer Sitzungen**

### **1. Besuch der Kinderkommission des Bayerischen Landtages**

Am 7. und 8. Dezember 2016 reisten die Mitglieder der Kinderkommission nach München, um dort mit den Mitgliedern der Bayerischen Kinderkommission zu einer gemeinsamen Sitzung zusammenzukommen.



## **Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)**

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Vor dieser Sitzung besuchten Teile der Kinderkommission das kbo-Kinderzentrum München. Im Gespräch mit Prof. Dr. Volker Mall, Ärztlicher Direktor, und Herrn Alexander Lechner, Geschäftsführer des kbo-Kinderzentrums, informierten sich MdB Beate Walter-Rosenheimer und MdB Norbert Müller über die Arbeit des kbo-Kinderzentrums München sowie über den geplanten Erweiterungsbau und tauschten sich über aktuelle Themen und Problemstellungen in der Kindergesundheitspolitik aus. Bei einem anschließenden Rundgang durch das Haus stellte Prof. Dr. Mall die unterschiedlichen Fachabteilungen, die Therapieformen, die diagnostischen Prozesse sowie das Konzept der interdisziplinären Zusammenarbeit im kbo-Kinderzentrum vor.

In der gemeinsamen Sitzung mit der Bayerischen Kinderkommission fand zunächst ein Austausch der Mitglieder über die Arbeit und die Schwerpunktthemen der Kommissionen statt, wobei neben den Gemeinsamkeiten in der Arbeitsweise insbesondere auch auf die Unterschiede eingegangen wurde.

Zum Tagesordnungspunkt „Verbot von Kinderehen in Deutschland“ unterrichtete Staatsminister der Justiz, Prof. Dr. Winfried Bausbach, die Mitglieder über die aktuelle Situation und die rechtlichen Ansatzpunkte zum Umgang mit dem Phänomen der Kinderehen.

Zum Tagesordnungspunkt „Situation von Flüchtlingskindern“ berichteten Vertreter des Kultus- und des Sozialministeriums über die aktuelle Beschulungs- und Unterbringungssituation sowie die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingskindern in Aufnahmeeinrichtungen sowie in Ankunfts- und Rückführungseinrichtungen.

### **2. Gespräch mit Vertretern des Bündnisses Kindersoldaten am 22. März 2017**

Anlässlich der Rote-Hand-Aktion wurde mit Vertretern des Bündnisses Kindersoldaten ein Gespräch vereinbart, das am 22. März 2017 stattfand. Frank Mischo und Ralf Willinger problematisierten vor allen Dingen die Werbemaßnahmen der Bundeswehr für die Zielgruppe der Minderjährigen, aber auch die deutschen Rüstungsexporte waren Gegenstand der Kritik.

### **3. Besuch von KARUNA e. V. am 26. April 2017**

KARUNA e. V. kümmert sich in seinen Einrichtungen insbesondere um Straßenkinder und drogenabhängige bzw. psychisch kranke Kinder und Jugendliche. Am 26. April 2017 informierten sich die Mitglieder der Kinderkommission im „Drugstop“ im Gespräch mit den Betroffenen und dem Einrichtungsleiter Rühmann sowie dem Geschäftsführer Richert über die Anliegen der Jugendlichen und des Vereins. Problematisiert wurden insbesondere die Themen der geschlossenen Heime, der Leistungen nach dem SGB VIII über das 18. Lebensjahr hinaus sowie die Beteiligung der Jugendlichen an den Lösungen. Die Mitglieder der Kinderkommission signalisierten ihren Gesprächspartnern ihre Unterstützung für deren Anliegen.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

### VI. Öffentlichkeitsarbeit

Die **Pressemitteilungen** können der Anlage entnommen werden.

Beate Walter-Rosenheimer, MdB



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

### VII. Anlagen

<u>Anlage</u>	<u>Dokument</u>	<u>Seite</u>
1	Einladung zum turnusmäßigen Wechsel im Vorsitz der Kinderkommission und zum öffentlichen Expertengespräch „Kinderrechte in Flüchtlingsunterkünften“	49
2	Delegation der Kinderkommission in München: Flüchtlingsproblematik und Partizipation von Kindern	50
3	Kinderkommission zum Tag der Kinderhospizarbeit am 10. Februar 2017	51
4	Kinderkommission engagiert sich beim Red Hand Day gegen Einsatz von Kindersoldaten	52
5	Kinderkommission veröffentlicht Stellungnahme zum Thema „Kinderarmut“	53
6	Kinderkommission zum „Internationalen Kinderbuchtag“ am 2. April 2017: „Lesen eröffnet Kindern eine neue Welt“	54
7	Kinderkommission veröffentlicht Stellungnahme zum Thema „Kinderrechte für Flüchtlingskinder in der Unterkunft, dem Asylverfahren und der Kinder- und Jugendhilfe“	55
8	Am internationalen Tag gegen Homophobie, Transphobie und Biphobie startet die Kinderkommission mit dem neuen Themenschwerpunkt „Queer, na und!? – LSBT*I-Jugendliche in Deutschland	56
9	Kinderkommission zum Internationalen Tag der Familie am 15. Mai 2017	57
10	Kinderkommission zum Internationalen Tag der vermissten Kinder am 25. Mai 2017	58
11	Kinderkommission zum Internationalen Kindertag am 1. Juni	59
12	Kinderkommission zum Welttag gegen Kinderarbeit am 12. Juni 2017	60
13	Kinderkommission veröffentlicht Stellungnahme zum Thema „Ausstattung von Kindern – was brauchen Kinder, um gut und kindgerecht aufzuwachsen?“	61
14	Kinderkommission zum Internationalen Tag der Jugend am 12. August 2017	62



## **Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)**

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

15	Kinderkommission zum Weltkindertag am 20. September 2017: „Kindern eine Stimme geben“	63
----	--	----





# Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Anlage 1



Deutscher Bundestag

## Pressemitteilung

### Einladung zum turnusmäßigen Wechsel im Vorsitz der Kinderkommission und zum öffentlichen Expertengespräch „Kinderrechte in Flüchtlingsunterkünften“

Berlin, 24. November 2016

**Herausgeber:**  
Kommission zur Wahrnehmung der  
Belange der Kinder  
(Kinderkommission)

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-30551  
Fax: +49 30 227-36055  
kinderkommission@bundestag.de

**Zeit: Mittwoch, 30. November 2016, 16.00 Uhr**  
**Ort: Paul-Löbe-Haus, Raum 2.200**

Am 30. November 2016 findet die offizielle Vorsitzübergabe in der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission) des Deutschen Bundestages statt.

Bis zum 21. November 2016 wurde die Kommission von Norbert Müller (DIE LINKE.) geleitet. Er übergibt nunmehr die Leitungsgeschäfte an Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Die neue Vorsitzende wird in der teilöffentlichen Sitzung der Kinderkommission ab 16.00 Uhr einen Überblick über ihre drei Schwerpunktthemen präsentieren, die wie folgt lauten:  
„Das Ende der Kindheit – Kinderrechte für junge Flüchtlinge“,  
„Jung und Extrem – Jugend und Extremismus in Deutschland“  
sowie „Queer, na und?! – LSBT\*I-Jugendliche in Deutschland“.

Im Anschluss an die Vorstellung der Schwerpunktthemen findet als Auftakt zum ersten Themenkomplex ein öffentliches Expertengespräch zum Thema „Kinderrechte in Flüchtlingsunterkünften“ statt.

Interessierte Zuhörer sind herzlich eingeladen und werden gebeten, sich beim Sekretariat der Kinderkommission (Telefon: +49 30 227-30551, E-Mail: [kinderkommission@bundestag.de](mailto:kinderkommission@bundestag.de)) bis **spätestens 29. November 2016** anzumelden. Besucher werden gebeten, ihren Personalausweis mitzubringen und den Westeingang des Paul-Löbe-Hauses zu benutzen.

**Alle Medienvertreter benötigen zum Betreten der Gebäude des Deutschen Bundestages eine Akkreditierung der Pressestelle.**

**Bild- und Tonberichterstatter werden gebeten, sich beim Presseferat (Telefon: +49 30 227-32929 oder 32924) anzumelden.**

Bitte im Sitzungssaal Mobiltelefone ausschalten!



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Anlage 2



Deutscher Bundestag

Herausgeber:  
Referat PuK 1  
Presse, Rundfunk, Fernsehen  
9. Dezember 2016

---

### Pressemitteilung

#### Delegation der Kinderkommission in München: Flüchtlingsproblematik und Partizipation von Kindern

---

Eine Delegation der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder reist unter der Leitung von Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 7. bis 8. Dezember 2016 nach München. Weitere Mitglieder der Delegation sind Eckhard Pols (CDU/CSU), Susann Rührich (SPD) und Norbert Müller (DIE LINKE.).

Die Delegation möchte in München zum einen den persönlichen Erfahrungsaustausch mit den Mitgliedern der einzigen Kinderkommission auf Landesebene fortsetzen und zum anderen insbesondere die Flüchtlingsproblematik aufgreifen.

Da Bayern das am stärksten von der Flüchtlingsproblematik belastete Bundesland war und ist, erwartet sie von diesem Gespräch insbesondere Informationen, wie dort mit der Problematik der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge umgegangen wird.

Darüber hinaus ist ein Gespräch mit der Kinderbeauftragten der Stadt München, Jana Frädrich, zur Thematik der Partizipation von Kindern und Jugendlichen vorgesehen, mit der sich die Kinderkommission in jeder Wahlperiode schwerpunktmäßig befasst.

Außerdem möchte die Kinderkommission die Gelegenheit nutzen, sich beim kbo-Kinderzentrum in München über Diagnostik und Therapie von Entwicklungsstörungen insbesondere bei psychischen Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen kundig zu machen.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Anlage 3



Deutscher Bundestag

Herausgeber:  
Referat PuK 1  
Presse, Rundfunk, Fernsehen  
8. Februar 2017

---

### Pressemitteilung

Kinderkommission zum Tag der Kinderhospizarbeit am 10. Februar 2017

---

Mit dem bundesweiten Tag der Kinderhospizarbeit am 10. Februar jeden Jahres soll auf das Thema „Sterben und Tod von Kindern“ sowie auf die Situation von Kindern und Jugendlichen mit lebensverkürzender Erkrankung und ihren Familien hingewiesen werden und damit zur Enttabuisierung dieses schwierigen Themas beitragen. Dieser Tag soll ein Zeichen der Solidarität mit den Kindern und Jugendlichen und ihren Familien sein und ihnen zeigen: „Ihr seid nicht allein!“

Die Kinderkommission spricht auch in diesem Jahr den Kinderhospizen ihre Anerkennung für ihre wertvolle Arbeit aus. Unheilbar schwer erkrankte Kinder und Jugendliche sowie deren Familien stehen vor extremen emotionalen, aber auch organisatorischen Problemen, die kaum zu bewältigen sind. Die Kinderhospize haben es sich zur Aufgabe gemacht, für die Begleitung dieser Kinder und Jugendlichen sowie der gesamten Familie bis zum Tod des erkrankten Kindes zu sorgen. Sie bieten kranken Kindern und Jugendlichen sowie Familien Unterstützung, Entlastung und Verständnis auf ihrem gemeinsamen schwierigen Weg. Unser Dank gebührt den vielen, auch ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihren engagierten Einsatz für die vom Schicksal so hart Getroffenen.

Die Kinderkommission unterstützt die Kinderhospize in Deutschland. So hat sie sich in der Vergangenheit erfolgreich dafür eingesetzt, die finanziellen Bedingungen für die Familien zu verbessern.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Anlage 4



### Deutscher Bundestag

Herausgeber:  
Referat PuK 1  
Presse, Rundfunk, Fernsehen  
10. Februar 2017

---

#### Pressemitteilung

Kinderkommission engagiert sich beim Red Hand Day gegen Einsatz von Kindersoldaten

Zeit: Mittwoch, 15. Februar 2017, 13 bis 14.30 Uhr

Ort: Halle des Paul-Löbe-Hauses

---

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages lädt auch in diesem Jahr zur Aktion Rote Hand gegen den Einsatz von Kindern und Jugendlichen in Kriegen ein.

Die Kinderkommission teilt dazu mit:

„Jedes Jahr engagieren sich Kinder und Jugendliche in aller Welt mit der Aktion Rote Hand gegen den Einsatz von Kindern und Jugendlichen in Kriegen. Das Symbol der Aktion, die rote Hand, steht dabei für das „Nein“ zur Rekrutierung und zum Einsatz von Kindersoldaten. Die Kinderkommission möchte auch in diesem Jahr mit einem eigenen Stand ein Zeichen gegen den Missbrauch von Kindern und Jugendlichen als Soldaten setzen. Das ist ihr gerade im Hinblick auf die vielen jungen Geflüchteten aus Bürgerkriegsländern mit entsprechenden Erfahrungen ein besonderes Anliegen. Hier können Abgeordnete, Beschäftigte und Gäste des Deutschen Bundestages ihre Handabdrücke abgeben und damit gegen den Einsatz von Kindersoldaten protestieren. Zur Eröffnung der Aktion wird auch Frau Bundesministerin Manuela Schwesig erwartet. Die gesammelten Handabdrücke leitet die Kinderkommission an die Vereinten Nationen weiter.

Medienvertreter sind zur Berichterstattung herzlich eingeladen.“

Interessierte melden sich bitte beim Sekretariat der Kinderkommission (Telefon: +49 30 227-30551, E-Mail: [kinderkommission@bundestag.de](mailto:kinderkommission@bundestag.de)) unter Angabe des Namens, Vornamens und Geburtsdatums an. Sie werden gebeten, ihren Personalausweis mitzubringen und den Westeingang des Paul-Löbe-Hauses zu benutzen.

Alle Medienvertreter benötigen beim Betreten der Gebäude des Deutschen Bundestages eine Akkreditierung der Pressestelle.

Bild- und Tonberichtersteller werden gebeten, sich beim Pressereferat (Telefon: +49 30 227-32929 oder 32924) anzumelden.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Anlage 5



Deutscher Bundestag

### Pressemitteilung Kinderkommission veröffentlicht Stellungnahme zum Thema „Kinderarmut“

Berlin, 14. März 2017

**Herausgeber:**

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,  
PuK 1

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-37171  
Fax: +49 30 227-36192  
pressereferat@bundestag.de

Die Kinderkommission hat sich in der Vorsitzzeit von Norbert Müller schwerpunktmäßig mit dem Thema Kinderarmut befasst und sich hierzu im Rahmen von fünf öffentlichen Expertengesprächen die Expertise von Sachverständigen eingeholt. Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse haben zu einem umfassenden Forderungskatalog geführt, der in einer Stellungnahme zusammengefasst wurde.

Diese kann unter folgendem Link abgerufen werden:

[http://www.bundestag.de/blob/497498/c66c37d42ba37444019e0db142d6877f/stellungnahme\\_kinderarmut-data.pdf](http://www.bundestag.de/blob/497498/c66c37d42ba37444019e0db142d6877f/stellungnahme_kinderarmut-data.pdf)



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Anlage 6



Deutscher Bundestag

### Pressemitteilung

Kinderkommission zum „Internationalen Kinderbuchtag“ am  
2. April 2017: „Lesen eröffnet Kindern eine neue Welt“

Berlin, 31. März 2017

**Herausgeber:**  
Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,  
PuK 1

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-37171  
Fax: +49 30 227-36192  
pressereferat@bundestag.de

Die Kinderkommission teilt mit:

„Bücher lesen heißt wandern gehen in ferne Welten, aus den Stuben, über die Sterne“ – mit diesem Zitat des Dichters Jean Paul verweist die Vorsitzende der Kinderkommission, Beate Walter-Rosenheimer darauf, dass Lesen Menschen eine neue Welt eröffnen kann. „Lesen bildet auf eine ganz eigene Weise, richtet den Blick und den Verstand auf Dinge, die ansonsten nicht im Blickfeld des Lesers liegen. Es regt Phantasie und Neugier an, hilft sich für Stunden in andere Welten zu versetzen. Je früher Kindern diese wunderbaren Möglichkeiten nahe gebracht werden, je eher ihre Liebe zu Büchern geweckt wird, desto sicherer wird Literatur ihr Leben bereichern“ – sagt sie aus Anlass des internationalen Kinderbuchtages.

Seit 50 Jahren wird jedes Jahr am 2. April der „Internationale Kinderbuchtag“ begangen – und er fällt nicht zufällig auf den Geburtstag des dänischen Schriftstellers und Dichters Hans Christian Andersen. Andersen zählt zu den großen europäischen Märchendichtern.

Mit den Initiativen zum „Internationalen Kinderbuchtag“ soll die Freude am Lesen unterstützt, das Interesse für das Kinder- und Jugendbuch geweckt und ein Zugang zu Kinderbüchern mit literarischem und künstlerischem Anspruch geschaffen werden.

Lesen ist eine Schlüsselkompetenz. Ohne sie bleibt der Zugang zur Wissens- und Informationsgesellschaft verschlossen.

Leider kommen nicht alle Kinder zu dem Spaß, den Lesen machen kann. Erzieherinnen und Erzieher, Pädagoginnen und Pädagogen und vor allem die Eltern sind aufgerufen, die Freude und Begeisterung am Lesen zu wecken. Kommunen sind aufgerufen, Lese- und Bücherräume für Kinder vorzuhalten. Vorlesen und Lesen mit Kindern sollte in den Familien und Kitas zum Alltag gehören – meint die Kinderkommission.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Anlage 7



Deutscher Bundestag

### Pressemitteilung

#### Kinderkommission veröffentlicht Stellungnahme zum Thema „Kinderrechte für Flüchtlingskinder in der Unterkunft, dem Asylverfahren und der Kinder- und Jugendhilfe“

Berlin, 5. April 2017

**Herausgeber:**

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,  
PuK 1

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-37171  
Fax: +49 30 227-36192  
pressereferat@bundestag.de

Die Kinderkommission hat sich in der Vorsitzzeit von Beate Walter-Rosenheimer schwerpunktmäßig mit dem Themenkomplex Kinderrechte für junge Flüchtlinge befasst und sich hierzu im Rahmen von drei öffentlichen Expertengesprächen die Expertise von Sachverständigen eingeholt.

Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse haben zu einem umfassenden Forderungskatalog geführt, der in einer Stellungnahme zusammengefasst wurde.

Diese kann unter folgendem Link abgerufen werden:

[http://www.bundestag.de/blob/502048/9c509a0b91695b5fa0ff2e6a0c60cffd/stellungnahme\\_kinderrechte\\_fluechtlingskinder-data.pdf](http://www.bundestag.de/blob/502048/9c509a0b91695b5fa0ff2e6a0c60cffd/stellungnahme_kinderrechte_fluechtlingskinder-data.pdf)



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Anlage 8



Deutscher Bundestag

### Pressemitteilung

Am internationalen Tag gegen Homophobie, Transphobie und Biphobie startet die Kinderkommission mit dem neuen Themenschwerpunkt „Queer, na und!? – LSBT\*I-Jugendliche in Deutschland“.

Berlin, 10. Mai 2017

**Herausgeber:**

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,  
PuK 1

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-37171  
Fax: +49 30 227-36192  
pressereferat@bundestag.de

**Zeit:** Mittwoch, 17. Mai 2017, 16.00 bis 17.30 Uhr

**Ort:** Paul-Löbe-Haus, Saal 2.200

Am 17.05. ist Internationaler Tag gegen Homophobie, Transphobie und Biphobie (IDAHOT). Dieser Tag hat auch 2017 nichts von seiner Bedeutung eingebüßt. Zwar ist unsere demokratische Gesellschaft bunt, offen und überwiegend tolerant, die „Ehe für alle“ hat in der Bevölkerung großen Rückhalt und Menschen, egal welcher sexuellen Identität, können in unserem Land frei leben wie nie zuvor. Dennoch zeigt die aktuelle Studie des Deutschen Jugendinstituts, dass 82 Prozent der befragten homo- oder bisexuellen Jugendlichen und 96 Prozent der Trans\*Jugendlichen Diskriminierung erlebt haben.

Um Jugendliche zu unterstützen, die queer leben, lesbisch, schwul, trans\* oder intergeschlechtlich sind, wird sich die Kinderkommission in vier Sitzungen mit der Situation dieser Jugendlichen beschäftigen. Denn eines muss klar sein: In unserer Gesellschaft gilt gleiches Recht für alle Heranwachsenden. Jede/r Jugendliche soll ohne Angst und Repressalien die eigene geschlechtliche Identität entwickeln können.

Zum Thema „**Queer, na und!?**“ sind zum ersten öffentlichen Expertengespräch am **17. Mai 2017** folgende Sachverständige eingeladen:

- **Kerstin Oldemeier**, Deutsches Jugendinstitut München
- **Thomas Kugler**, Bildungsinitiative QUEERFORMAT, Bildungseinrichtung KomBi-Kommunikation und Bildung Berlin
- **Lisa Müller**, In&Out Jugendberatung  
c/o Jugendnetzwerk Lambda Berlin-Brandenburg e.V.





## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Anlage 9



Deutscher Bundestag

### Pressemitteilung

Kinderkommission zum Internationalen Tag der Familie  
am 15. Mai 2017

Berlin, 12. Mai 2017

**Herausgeber:**  
Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,  
PuK 1

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-37171  
Fax: +49 30 227-36192  
pressereferat@bundestag.de

Seit nunmehr 24 Jahren findet jährlich am 15. Mai der „Internationale Tag der Familie“ als Gedenktag der Vereinten Nationen statt. Zusammen mit der Weltgesundheitsorganisation stellen die Vereinten Nationen die enorme Bedeutung der Familie für ein gesundes und glückliches Aufwachsen von Kindern heraus. Denn Familien bilden die Basis einer jeden Gesellschaft.

Durch die Öffnung des Familienbegriffes haben sich in den vergangenen Jahren neue Familienbilder etabliert. So sind Patchworkfamilien, nichteheliche Lebensgemeinschaften, Familien mit Pflegekindern, alleinerziehende Eltern und Regenbogenfamilien, also gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern, gelebte Realität.

Aber nicht nur die Formen des familiären Zusammenlebens, sondern auch der Alltag der Familien hat sich in der Vergangenheit stark verändert. Die Anforderungen und Belastungen jedes einzelnen Mitglieds der Gesellschaft werden nicht nur gefühlt stetig größer. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt viele Familien vor große Herausforderungen, von denen insbesondere Alleinerziehende betroffen sind.

Die Vorsitzende der Kinderkommission Beate Walter-Rosenheimer erklärt: „Familie ist, wo Kinder heranwachsen, sie sich zuhause fühlen, sich wohl fühlen. Wo Menschen mit ihnen leben, denen ihre Gesundheit und ihr Glück am Herzen liegt. Diese Menschen und ihre Kinder wollen wir unterstützen. Egal, in welcher Konstellation die Familie lebt: Vater-Vater-Kind, Mutter-Mutter-Kind, Vater-Mutter-Kind, Oma-OPA-Kind oder Alleinerziehende/r mit Kind. Familien sind bunt und vielfältig. Und das ist gut so.“



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Anlage 10



Deutscher Bundestag

### Pressemitteilung

Kinderkommission zum Internationalen Tag der vermissten Kinder am  
25. Mai 2017

Berlin, 24. Mai 2017

**Herausgeber:**  
Sekretariat der Kinderkommission

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-31950  
Fax: +49 30 227-36055  
kinderkommission@bundestag.de

Zum Gedenken an den am 25. Mai 1979 in New York verschwundenen damals sechsjährigen Etan Patz wurde der Internationale Tag der vermissten Kinder eingeführt. Der 25. Mai ist seither der Tag, der den vermissten Kindern sagen soll, dass sie nicht aufgegeben sind; den Eltern, die ein Kind vermissen, soll dieser Tag Hoffnung geben.

Jedes Jahr gehen in Deutschland etwa 100.000 Anzeigen über vermisste Kinder und Jugendliche bei der Polizei ein. Die meisten von ihnen sind sogenannte Ausreißer, die glücklicherweise nach kurzer Zeit wieder zurück nach Hause kommen. Einige Kinder und Jugendliche bleiben aber dauerhaft verschwunden.

In der für die betroffenen Eltern und Geschwister schrecklichen Leidenszeit leistet die Polizei wichtige „Erste Hilfe“. Zuspruch und Unterstützung können Betroffene auch beim Internationalen Sozialdienst oder bei ehrenamtlichen Helfern und vielen anderen Initiativen finden.

Hilfe kann jeder unter der europaweit gleichen Rufnummer 116 000 finden. Betroffene werden durch die Hotline der „Initiative Vermisste Kinder“ bei der Suche nach ihrem vermissten Kind unterstützt. Darüber hinaus werden Meldungen über vermisste Kinder entgegengenommen und an die Polizei weitergeleitet.



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Anlage 11



Deutscher Bundestag

### Pressemitteilung

#### Kinderkommission zum Internationalen Kindertag am 1. Juni

Berlin, 31. Mai 2017

**Herausgeber:**  
Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,  
PuK 1

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-37171  
Fax: +49 30 227-36192  
pressereferat@bundestag.de

Deutschland ist wahrscheinlich das einzige Land, das zwei Kindertage im Jahr begeht: Der „Internationale Kindertag“ am 1. Juni wurde in der ehemaligen DDR bereits seit 1950 gefeiert, während in der Bundesrepublik seit 1954 der 20. September als der Weltkindertag begangen wurde. Seit der Wiedervereinigung kommen die Kinder in Deutschland deshalb – den guten Traditionen folgend – zweimal im Jahr in den Genuss eines Kindertages.

Die Kinderkommission begrüßt die zahlreichen Aktionen und Spielmöglichkeiten rund um den 1. Juni, die neben Spaß und Unterhaltung auch spielerische Informationen über die Kinderrechte bieten wollen.

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Beate Walter-Rosenheimer, sagt dazu: „Kinder haben jeden Grund, an einem Kindertag zu feiern. Bei allem Spiel, Spaß und Party sollte jedoch nicht untergehen, dass Kinderrechte immer noch nicht in der Verfassung der Bundesrepublik verankert sind. Bereits seit mehr als 60 Jahren wird die Bedeutung der Kinderrechte hervorgehoben. Deshalb ist es nun endlich Zeit, dass die Fraktionen des Deutschen Bundestages gemeinsam eine Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz auf den Weg bringen.“



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Anlage 12



Deutscher Bundestag

### Pressemitteilung

#### Kinderkommission zum Welttag gegen Kinderarbeit am 12. Juni 2017

Berlin, 9. Juni 2017

**Herausgeber:**  
Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,  
PuK 1

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-37171  
Fax: +49 30 227-36192  
pressereferat@bundestag.de

Kinderarbeit verstößt gegen die UN-Kinderrechtskonvention. Gemäß Artikel 32 dürfen Kinder nicht zu Arbeiten herangezogen werden, die Gefahren mit sich bringen, die Erziehung des Kindes behindern oder die Gesundheit des Kindes oder seine körperliche, geistige, seelische, sittliche oder soziale Entwicklung schädigen könnten.

Jede Form der ausbeuterischen Kinderarbeit ist zu bekämpfen. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) sterben jedes Jahr etwa 22.000 Kinder und Jugendliche bei Arbeitsunfällen. Rund 168 Millionen Kinder arbeiten regelmäßig mehrere Stunden am Tag. Mehr als die Hälfte von ihnen ist dabei den schlimmsten Formen der Kinderarbeit ausgesetzt. Sie arbeiten an gefährlichen Orten wie Steinbrüchen oder kommerziellen Plantagen, sie leisten Nachtarbeit, haben viel zu lange Arbeitszeiten oder werden als Sklaven gehalten. Sie befinden sich in einem Teufelskreis, denn viele der arbeitenden Kinder haben keine Möglichkeit, die Schule zu besuchen und erhalten deshalb nicht die nötige Bildung, um später einen angemessenen Beruf mit ausreichendem Gehalt ergreifen zu können.

Die Kinderkommission begrüßt den Einsatz der zahlreichen Nichtregierungsorganisationen, die sich weltweit gegen ausbeuterische Arbeit von Kindern engagieren. Den Kindern und ihren Familien müssen Wege aus der Abhängigkeit von der Kinderarbeit geboten werden. Dies kann nur der Besuch einer Schule oder eine berufliche Ausbildung sein. Nicht nur Staat, Wirtschaft und Organisationen sind gefordert, jeder einzelne kann mit ein wenig Umsicht etwas gegen die Ausbeutung von Kindern tun.

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Beate Walter-Rosenheimer: „Kinder auszubeuten ist ein Verbrechen. Sie sind oft ihr Leben lang davon gezeichnet, dass ihnen eine unbeschwertere Kindheit vorenthalten wurde. Das darf nicht sein. Kinderrechte müssen weltweit gelten. Auch wir Verbraucher in den reichen Industrienationen können etwas gegen die Ausbeutung durch Kinderarbeit tun. Noch immer landen Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit in unserem Einkaufswagen. Das reicht von Kleidung



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Anlage 13



Deutscher Bundestag

### Pressemitteilung

#### Kinderkommission veröffentlicht Stellungnahme zum Thema „Ausstattung von Kindern – was brauchen Kinder, um gut und kindgerecht aufzuwachsen?“

Berlin, 4. Juli 2017

**Herausgeber:**

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,  
PuK 1

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-37171  
Fax: +49 30 227-36192  
pressereferat@bundestag.de

Die Kinderkommission hat sich in der Vorsitzzeit von Susann Rüttrich schwerpunktmäßig mit dem Thema Förderung von Kindern und Jugendlichen befasst und sich hierzu im Rahmen von drei öffentlichen Expertengesprächen die Expertise von Sachverständigen eingeholt. Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse haben zu einem umfassenden Forderungskatalog geführt, der in einer Stellungnahme zusammengefasst wurde.

Diese kann unter folgendem Link abgerufen werden:

[http://www.bundestag.de/blob/514230/1d88081822329ceaaccfa34afbc44787/stellungnahme\\_ausstattung-data.pdf](http://www.bundestag.de/blob/514230/1d88081822329ceaaccfa34afbc44787/stellungnahme_ausstattung-data.pdf)



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Anlage 14



Deutscher Bundestag

### Pressemitteilung

Kinderkommission zum Internationalen Tag der Jugend am  
12. August 2017

Berlin, 11. August 2017

**Herausgeber:**  
Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,  
PuK 1

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-37171  
Fax: +49 30 227-36192  
pressereferat@bundestag.de

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages teilt mit:

„Der 1999 von der UNO ausgerufenen Internationale Tag der Jugend will deutlich machen, wie wichtig es ist, dass sich Jugendliche an der Politik beteiligen. Politik ist gewiss keine Angelegenheit, die ausschließlich Erwachsene angeht – im Gegenteil. Da ihre Auswirkungen vor allem in die Zukunft gerichtet sind, sind Kinder und Jugendliche immer direkt mit betroffen. Dies gilt insbesondere für Bildung und Ausbildung, aber auch für Fragen des Arbeitsmarktes, der Gesundheit und der Umwelt. Hier zeigen sich die Auswirkungen von Entscheidungen oftmals erst eine Generation später. In einer immer älter werdenden Gesellschaft wird es zunehmend wichtiger, dass junge Menschen Gehör finden.“

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages ruft die Jugendlichen auf und will sie ermutigen, sich in ihrem Umfeld zu engagieren und ihre Interessen und Anliegen in politische und gesellschaftliche Jugendorganisationen einzubringen. Die Kinderkommission appelliert an die Politikerinnen und Politiker, den Kindern und Jugendlichen zuzuhören, ihre Anliegen ernst zu nehmen und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, Kinder und Jugendliche aktiv in Entscheidungsprozesse einzubinden. Denn Jugendliche wollen eine starke Stimme haben.“



## Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

---

Anlage 15



Deutscher Bundestag

### Pressemitteilung

Kinderkommission zum Weltkindertag am 20. September 2017:  
„Kindern eine Stimme geben“

Berlin, 20. September 2017

**Herausgeber:**  
Kinderkommission

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-30551  
Fax: +49 30 227-36055  
kinderkommission@bundestag.de

Am 20. September wird der Weltkindertag gefeiert, mit dem nach der Empfehlung der Vereinten Nationen der Einsatz für die Rechte der Kinder und die Freundschaft unter den Kindern und Jugendlichen gestärkt werden soll.

An diesem Tag wird dazu aufgerufen, die Rechte und Bedürfnisse aller Kinder ins Zentrum von Politik und Gesellschaft zu stellen.

Mit dem diesjährigen Motto „Kindern eine Stimme geben“ ist die Forderung verbunden, mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in Deutschland zu schaffen.

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Beate Walter-Rosenheimer, erklärt: „Im unmittelbaren Lebensumfeld der Kinder, in Schulen und Kitas, in Städten und Gemeinden, aber auch auf Landes- und Bundesebene müssen Kinder und Jugendliche noch mehr Gelegenheiten bekommen, ihre Ideen und Meinungen einzubringen.“

Mitbestimmungsformen brauchen sichere Rahmenbedingungen, Planungszeiten, verlässliche Anbindung an Entscheidungswege und Entscheidungsgremien, solide finanzielle Ausstattung und Räume, in denen sich Kinder und Jugendliche angenommen fühlen. Politische Entscheidungsprozesse und Strukturen können Kindern und Jugendlichen am besten durch eigene Erfahrungen, egal ob durch direkte Mitarbeit oder durch aktive Wahl, vermittelt werden.“